

GEDANKEN ZUR NEUEN KÜNSTLERISCHEN FORM

Geheimrat Professor Dr. Theodor Fischer, München*)

Werte deutsche Männer und Frauen!

Auch diese Feierstunde ist durchglüht von der Freude über das Erwachen Deutschlands. Dem großen Erwecker, dem gewaltigen Aufrüttler danken mit uns alle, die das Leben der Nation durch geistige und künstlerische Güter bereichert sehen wollen oder selbst zu bereichern berufen sind. Denn durch sein Werk ist unserem Volke die Möglichkeit einer neuen kulturellen Blüte, der neuen deutschen künstlerischen Form nahegerückt. Über die Möglichkeit zu sprechen, hat man in der traditionellen Stadt der Baukunst einen Veteran dieser Kunst aufgestellt. Hören Sie, was er zu sagen hat!

Alles Sein ist aus Gottes Hand. Alles Sein erkennen wir in der Form. Form ist Alles: Baum und Berg, Bau und Bild; auch der Gedanke muß geformt werden, um zu sein, und selbst den Urgrund alles Seins muß der Mensch nach seinem Bilde formen, um anbeten zu können.

Die Form aber ist vergänglich; sie wird und vergeht nach unerschütterlichen Gesetzen, die Gott sich und dem Sein von Ewigkeit an gesetzt hat. Also sind diese Gesetze Gottes, und die Form ist ihr Ausdruck und ihr Spiel; in ihnen leben und schaffen wir.

Die Kreatur lebt, das ist: sie nährt sich, zeugt und stirbt — und sie schafft, das ist: sie formt, formt Gedanken aus ihrer Seele und formt Gedanken in den Stoff hinein. Aber das Schaffen und Formen des Menschen ist nur ein fernes Echo göttlichen Schöpferlärms. Wie das Echo dem Ton verbunden ist, also auch das menschliche Schaffen dem göttlichen Tun: beide sind den von Ewigkeit seienden Gesetzen anheimgegeben.

Das Gesetz der Form, der Wechsel ist am sichtbarsten im Lebendigen. Das Kunstwerk ist ein Lebendiges. Wenn nun auch der Wechsel ein Gesetz der lebendigen Form ist, so ist da freilich noch ein Tieferes, das dem Wechsel entzogen bleibt, das nahe an den Untergrund aller Dinge hinreicht, das ist Maß und Zahl — ein Geheimnis, von dem die neuere Kunst in ihrer Schrankenlosigkeit nichts weiß. Aber aus dem Unterbewußtsein konnte es dem Menschen nicht ganz verschwinden. Es wird einmal — vielleicht bald! — wieder in das Licht des Bewußten emportauchen. Die Kunst, im Besonderen die neue Baukunst, ist reif dazu.

Ein Rückblick auf die Kunst der Völker, wie sie kamen und gingen, zeigt den Wechsel der Form. Die Kunstgeschichte hat ihn uns in fast allzu deutliche Nähe gestellt, so daß wir ihn auf Jahrzehnte, ja auf Jahre zu erkennen gelernt haben. Über dem Vielerlei dieser Kenntnisse ist uns das Können beinahe abhanden gegangen. Hier ist kein Platz

für diese Art der Rückschau, wo es gilt, auf die Zukunft hinzuweisen: der Jugend zu dienen; aber dem Siebzigjährigen wird nicht versagt werden, zu zeigen, wie die Form der Gegenwart entstanden, und wie sie ihrerseits dem Gesetz des Wechsels unterworfen ist.

Ausdruck und Spiel ist die Form, so Gottes und seiner Gesetze in der Natur, so des Menschen in der Kunst. Da aber der Mensch keine Kraft mehr dazu fand, den Ausdruck seiner selbst und seiner Zeit in eigener Form zu schaffen — denn sein Auge war stumpf geworden, und die Wirtschaft und die Technik erfüllten sein Denken —, da er aber wiederum des Spiels in der Form doch nicht ganz entbehren mochte, so nahm er die Formen, die die Vergangenheit sich erarbeitet hatte, zu leihen, wobei ihm die Historie Vermittlerin war, und haspelte sie wie ein Filmband ein Jahrhundert lang ab, durch Klassizismus, Mittelalter, die sogenannte Renaissance bis zum Barock und Biedermeier. So nämlich hatte die Historie die leeren Bälge etikettiert und zum Verleihen ausgehängt. Mit dem Fremdwort Tradition nannte man, was tot war. Das deutsche Wort Überlieferung aber geht nicht auf die äußerliche Form, es geht auf das Wesen. Das ist der Punkt, um den es sich dreht: Nicht die Überlieferung, die auf handwerklicher und künstlerischer Erfahrung ruht, wird heute gemeinhin unter Tradition verstanden, sondern der rückwärtsschauende Formalismus. Diese Tatsache abzubiegen, ist kein ehrliches Spiel.

Und da wir — zunächst im Handwerk — das Feuer lebendiger Überlieferung und Werkgesinnung wieder anzünden wollten, nahm man's übel. Es zog plötzlich in den wohlilig mit eklektischen Scheitern erwärmten Stuben. Ei ja freilich! Es ging nicht immer takt- und geschmackvoll zu; da war man viel besser daran mit wohlpoliertem Biedermeier. Aber wo und wann ist eine Erneuerung geschehen, bei der Alles mit Takt und Geschmack vor sich gegangen wäre?

Man muß aber feststellen: ein Ausdruck der Zeit war auch die Stilimitation; aber der Spiegel zeigte keine schöne Physionomie: nämlich das Bild der Wirtschaft als der alleinigen Herrin mit ihrem Doppelgesicht: Übermaß und Mangel.

Wie trugen wir schwer am Übermaß und an der Kompliziertheit aller Dinge! Wie selbstverständlich war der Wunsch, die Notwendigkeit, zu vereinfachen, und immer wieder zu vereinfachen. Wir ließen uns gern Puritaner, Arme-Leute-Architekten nennen, wußten wir doch, daß der Weg richtig war.

Aber das Schlimmste traf ein, was begegnen konnte: das neue Bauen wurde Mode! Die Mode ist der Feind alles Tiefen. Tief innerlich war die Bewegung gemeint. Mode, Mittelmäßigkeit und Snobismus waren am Werk, sie um-

*) Vortrag in der Feier des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ am 8. Oktober 1933 im Goldenen Saal des Rathauses in Augsburg im Rahmen der Jubiläumswache des Kunstvereins.

zubringen. Das verhängnisvolle Schlagwort von der bolschewistischen Kunst konnte auch auf das neue Bauen angewendet werden. Aus dieser Prüfung wird es aber geläutert hervorgehen, denn sein tiefer Sinn ist und bleibt eine Erneuerung, welche auf Vereinfachung und Wahrfähigkeit beruht. Diese Erneuerung läuft der großen völkischen Erneuerung, die wir staunend erleben, ganz gleich. Sie ist deutsch.

Zum erstenmal in der deutschen Kunstgeschichte sehen wir den Keim einer neuen Ausdrucksform im deutschen Sprachgebiet entstehen. Wir hatten eine herrliche deutsche Gotik, aber ihre Herkunft ist Frankreich; wir hatten die deutsche Renaissance, aber schon der Name macht schamrot: denn da Renaissance Wiedergeburt heißt, nennen wir deutsche Wiedergeburt, was in Wahrheit eine welsche Invasion war. Wir hatten den großen deutschen Barock, aber auch seine Heimat lag ultramontes. Und von unserem Klassizismus reden wir mit berechtigtem Stolz; deutsch aber, das heißt volkstümlich war er nicht.

Das Wort deutsch kommt vom altdutschen *diot* = das Volk; *diutisk* = deutsch heißt also volkstümlich im Gegensatz zum Höfischen. Die Höfe holten das Fremde. Höfisch war der aus Italien bezogene Barock und das aus Frankreich kommende Rokoko und Empire. Höfisch und nicht völkisch ist der Ursprung der geschmackvollen Dekorkunst, die sich aus den Zeiten kultureller Abhängigkeit von Frankreich bis in unsere Tage fortgeerbt hat. Die Frage ist nun, ob es schicksalsmäßige Notwendigkeit ist, daß Deutschland immer wieder fremde Anregungen verarbeitet, weil es im Bereich des aus der Kraft des lateinischen Imperiums sich immer wieder erneuernden Kulturkreises liegt. Trifft das zu, so gilt es, sich zu bescheiden und mit dem uns überlassenen Fund zu arbeiten. Wie aber, wenn die letzte Welle lateinischer Emanation, die wir Eklektizismus nennen, weil kunstgeschichtliche Bildung die Auswahl bot, wie, wenn diese alle vorhergegangenen zusammenfassende Welle die letzte gewesen sein sollte?

Objektiv betrachtend können wir sagen: die kulturelle Einheit des europäisch-lateinischen Kreises, die im Mittelalter eine fast vollkommene war, ist im Rückgang, in gleichem Maße wie die zivilisatorische Übereinstimmung, die technische im Besonderen, zunimmt. Der Nationalismus, ausgehend von dem Frankreich der Revolution, trennt die Völker mehr und mehr trotz des erleichterten Verkehrs. So wäre also äußerlich der Boden für eine völkische Kultur vorbereitet. — Und den inneren Zustand, die künstlerische, im Besonderen die baukünstlerische Leistung betrachtend, sahen wir eine große Verworrenheit und in Allem ein formalistisches Übermaß, das notwendig in sich zusammenbrechen mußte. Eine Läuterung war unausweichbar. Zwar war das Übermaß überall; aber in Deutschland war es am größten. Die Läuterung mußte von Deutschland ausgehen. Sie ist da ausgegangen, und heute kommen Engländer und Italiener zu uns, um das neue deutsche Bauen zu sehen, wie um 1200 der deutsche Steinmetz nach Frankreich ging, oder um 1500 Albrecht Dürer und die Anderen nach Italien.

Daß diese Wendung zusammentraf mit einem von der Wirtschaft eifrig propagierten Angebot unerprobter Baustoffe und neuer Konstruktionen, war eine der Gefahren, die das neue Bauen begleiteten. Dies und die Mode konnte und mußte vor den Augen der nicht tiefer Blickenden wie vor den Instinkten der Wohnheitsmenschen den gesunden Kern verdecken, so daß sein Gedeihen in hohem Maße gefährdet war und ist. Ein Zerrbild ist von Übelwollenden gezeichnet worden, das sehr an die ausländische Greuelpropaganda der letzten Zeit erinnert.

Die Idee der Erneuerung ist deutsch und nicht international. International ist die technisch-konstruktive Komponente. Das ist nicht das Wesentliche; viel mehr der Bruch mit dem Formalismus toter Tradition, die Rückkehr zum Gedanken, die Aufrichtigkeit der Gesinnung, kurz — ich wage trotz Allem das von beiden Seiten mißhandelte Wort — die Sachlichkeit.

Freundliche Menschen haben mich, da ich alt geworden war, einen deutschen Baumeister genannt. Ich bin nicht eitel darauf, aber das Recht darf ich wohl daraus nehmen, über deutsche Kunst zu reden: Bewußte Absicht war es nie, daß ich deutsche Kunst getrieben habe; es war wohl eine Selbstverständlichkeit; und wenn ich heute darüber rede, so geschieht es, um davor zu warnen, etwas, was im tiefsten Grunde selbstverständlich sein muß, zum Programm zu machen. Auf diesem Wege liegen die Fußangeln der Unaufrichtigkeit dicht beieinander. Es ist eben das alte Lied von dem Sollen und Müssen der Kunst. Die Kunst soll und muß gar Nichts; sie wächst wie ein Stück lebendiger Natur von Gottes Gnaden als Ausdruck des Menschengeistes. Immer ist sie ein Spiegel der menschlichen Gesellschaft. Auch ihre Zerrissenheit und Roheit ist eben nur ein Spiegelbild gewesen. Wenn nun die Gesellschaft einheitlich wird, wenn Klassen- und Glaubenshaß verschwindet, wird die Kunst von selbst einheitlich und gut. Wehe aber dem, der die Kunst als ein Mittel für seine Zwecke gebrauchen will. Die hohe Kunst kann gewiß ein Mittel sein, die Größe eines Volkes zu verkünden; sie entzieht sich aber dem, der sie als ein Mittel mißbraucht. Immer ist die hohe Kunst in einem gewissen Sinne Gottesdienst, nicht Menschendienst. —

Die große Hoffnung dieser Zeit ist aber, daß wieder Freude herrschen kann über den Spiegel, den die Kunst unserem Volke vorhält.

Freude kann nur herrschen, wenn deutsche Art aus dem Spiegel strahlt — natürlich deutsche, nicht absichtsvoll gemachte deutsche Art. Deutsch heißt volkstümlich, wir haben es gehört. Volkstümliche Kunst ist nicht bei wenigen Personen, Genießern und Kennern, oder in wenigen Orten zusammengefaßt; sie ist ausgebreitet über die Gemeinschaft der Deutschen. Da ist nun die schwere Frage: Hauptstadt und Provinz. Es handelt sich wahrhaftig nicht um neidischen Partikularismus. Sie aber in dieser ehrwürdigen alten Volks- und Reichsstadt und auch mich als Franken brennt die Frage: ist es notwendig, daß Schwaben und Franken Provinz sein müssen, Provinz in dem anrühigen qualitativen Sinne. Freilich lebt Schwaben, Franken und die Pfalz, gedeiht wohl auch; aber alle Arbeit, alles heiße Bemühen um eine geistige Blüte ist Sisyphusarbeit, solange die Stammesseele darbt. So gewiß die politische Macht zentralisiert sein muß, so gewiß verlangt deutsche Art eine Verteilung geistiger Pflanzstätten. Wir haben doch wohl genug an der zentralisierten Großstadtkultur der vergangenen Zeit! Was wäre diese Stadt mit ihrer ruhmreichen Vergangenheit, und das an geistigen Anlagen so reiche Land zwischen Ries und Bodensee imstande zu leisten, wenn Schwaben in Kulturdingen seine Selbständigkeit hätte. — Worauf kommt es denn schließlich an, wenn nicht auf die Leistung eines Volkes, auf die geistige und auf die materielle, sofern Geist in ihr ist. Materielle Leistung ohne Geist ist das Zeichen der vergangenen Tage: die Wirtschaft, die ohne höheres Ziel nur auf den Verdienst eingestellt war, mußte zum Zusammenbruch führen; geistvolle Arbeit aber trägt den Sinn in sich, die *ratio*, die Vernunft, nach dem Dichter „des Menschen allergrößte Kraft“. Geist, der in der Arbeit Form wird, ist die Kunst, und damit schließt sich der Ring. —

Deutscher Geist, in deutscher Arbeit zur Form geworden,

ist deutsche Kunst. Was aber deutsch ist, „entschlüpft der Definition“, sagt Nietzsche. Die Definition entbehren wir gern; nicht einmal allzuviel nachdenken wollen wir, was deutsch sei. Aber ein anderes Wort Nietzsches soll gelten: „Der Deutsche ist nicht, er wird.“ Nicht dem Behagen satten Seins sich hinzugeben, ist unsere eigentliche Art, die vom Spießbürger verfälscht wurde, sondern dem Kampf des Werdens gehört unser Wille, dem ewigen Fortschreiten. Fortschritt ist ein abgetaner Begriff, sofern darunter der Wahn einer Annäherung an ewige Glückseligkeit verstanden wird. Fortschreiten ist die des Menschen einzig würdige Bewegung und Bewegtheit. „Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“ Die Forderungen des Tages anpacken, das heißt leben; die kleinen und die großen Forderungen der Zeit, wir haben uns gewöhnt, sie mit dem schlechten Fremdwort „Probleme“ zu nennen. Und jeder Tag des Künstlers hat seine Probleme. Unproblematisch sein wollen, ist ein Wahn. Das heißt, dem Kampf aus dem Wege gehen; es heißt in der Kunst nur das Behagen sehen, das unkritisch-sinnliche Ergötzen am Gefälligen, am Dekorativen; es heißt, eine falsche Harmonie anbeten, wie man in meiner Jugend den Galerieton im Bilde forderte; wie man heute etwa die Dachziegel in dunkle Brünen tunkt, um den Verdacht der Neuheit von sich abzulenken. —

Die Forderungen des Tages sind heute andere für die Baukunst, als sie bei den Griechen oder im Mittelalter waren; deshalb muß auch die Form eine andere sein. Unsere Kirchen sind Häuser Gottes und des Volkes, nicht Götterwohnungen, zu denen dem Volke der Zutritt versagt ist. Als Häuser der Gemeinde, die sich um das heilige Zentrum sammelt, sind sie im Begriff, ihre eigene Form zu gewinnen. Gerade diesen Vorgang beobachtet man in Augsburg besser, als in vielen anderen Städten. Auch andere Gebiete der Baukunst sind lebendig geworden, das will sagen, sie suchen nach ihrer Form. Der Wohnhausbau ist unsere schwerste Sorge. Er wird und muß sich gestalten, wenn erst die Gesellschaft gesundet, wenn die Familie wieder das Element der völkischen Struktur geworden ist. Der Schulhausbau, jahrzehntelang hochgetriebener Kasernenbau, wendet sich zum breiten Flachbau mit lichterfüllten Sälen und offenen Hallen. Er wird so im Wesen dem griechischen Gymnasium ähnlich und — das Wunder geschieht — auch die große Form wird der des griechischen Gymnasiums ähnlich, unbeschadet der Unterschiede, die das Klima fordert. Aber das ist das Entscheidende: diese neue Form ist selbst erarbeitet, ist nicht entlehnt. Wenn verstanden sein wird, daß Form in diesem Sinn mit stilistischen Formen, mit Dekoration nichts zu tun hat, dann ist der Hauptgrund allen Haders unter denen, die gemeinsam am vaterländischen Werk arbeiten sollten, statt sich zu hassen und zu kränken, beseitigt.

Architektur ist solche aus der klaren Zweckerfüllung erarbeitete harmonische Form, aber nicht angehängter traditioneller Schmuck. Es kommt auch sicher wieder die Zeit, wo wir mit eigenen neuen Symbolen schmücken und spielen können. Schmuck ohne hohe Symbole ist Phrase. Unsere Zeit wird, so hoffen wir, ihre Symbole schaffen. — Wir büßen schwer die Irrtümer einer Kunstbetrachtung, die in der Säulenordnung oder im Spitzbogen das Wesentliche, den Stil sah. Diese äußerliche Anschauungsart ist von der Kunstwissenschaft längst aufgegeben, aber das liebe Publikum hat so viele Mühe auf die Erlernung dieser einprägbaren Dinge verwendet, daß man es wohl begreifen kann, wenn es sich jetzt dagegen sträubt, das Gewohnte aufzugeben. —

Die süße Gewohnheit! Welche Macht in allen menschlichen Dingen ist der Gewohnheit verliehen! So viel Gutes sie aber auch verhindern mag, ein Gutes ist ihr zuzugestehen: sie hemmt den allzu raschen Ablauf des Weltgeschehens. Heroisch ist das Geschäft des Bremsens auf keinen Fall, so notwendig es ist. Heroisch ist der Sinn zum Neuen — und deutsch dazu. Albrecht Dürer sagt einmal: „So ich jetzt vornehme, eine Säule oder zwei machen zu lehren für die jungen Gesellen sich darin zu üben, so bedenke ich des Deutschen Gemüt. Denn alle, die etwas Neues bauen wollen, wollen auch gerne eine neue Façon dazu haben, die früher nie gesehen wäre.“ Der Deutschen Gemüt wäre das also! Aber zunächst ist richtig zu deuten: das Gemüt ist hier nicht, was wir gewöhnlich darunter verstehen, nämlich Sentimentalität; eher Mentalität, wenn es schon Fremdwörter sein dürfen. —

Auf der ganzen Welt gibt es kaum zwei Bauaufgaben, die einander genau gleich wären. Es ist so, wie Dürer sagt, daß „das Gemüt“ keinen Künstler ruhen läßt, er fände denn für jede neue Aufgabe die neue Façon. Das ist innerer Zwang, nicht eitle Neuerungs sucht. Aber können muß er's freilich, und Ehrfurcht vor den großen Alten gehört auch dazu. —

Alles was ich sage, gilt der Jugend. Als alter Mann, der generationsmäßig einer Übergangszeit angehört, und als solcher noch mit dem Formalismus des retrospektiven 19. Jahrhunderts behangen ist, — als alter Mann mit noch leidlich klaren Augen, sehe ich die Jugend bereit, in das gelobte Land einer deutschen Kunst einzuziehen. Sie steht gerüstet noch im dämmerigen Tal des Arbeitsmangels; in harter Zeit erzogen, bar aller weichen Vorstellungen vom nur Gefälligen, feind dem nur Gewohnten, ist sie würdig, der großen Zeit des deutschen Volkes die neue künstlerische Form zu geben. Und nun wolle man sie schalten lassen, wie der Gott sie treibt!

Heil dem Volk, das in der Kunst ehrfürchtig werden läßt, was da werden soll!

GRUNDLAGEN ZUR FESTSTELLUNG DES ANGEMESSENEN PREISES

Privatdozent Dr.-Ing. Hotz, Leiter im Deutschen Handwerksinstitut, Berlin

Kaum beginnen sich die Maßnahmen der Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung auszuwirken, so tritt die Erörterung um den angemessenen Preis, insbesondere im Wohnungs- und Siedlungsbau, wieder stark hervor, und die Behörden lassen es nicht an Ermahnungen an die beteiligten Kreise fehlen, eine Steigerung der Preise möglichst zu verhindern. Immer wieder wird betont, daß bei den der ganzen Volkswirtschaft dienenden Maßnahmen für die Arbeitsbeschaffung der Grundsatz „Gemeinnutz

geht vor Eigennutz“ unbedingte Geltung haben muß. Auch Drohungen sind zu vernehmen, daß Unternehmer, die diesen Grundsatz nicht befolgen, bei Vergebung öffentlicher Arbeiten auf eine Berücksichtigung nicht mehr zu rechnen haben. Ebenso zeigen Maßnahmen der Regierung, wie die Drosselung der Mittel bei Instandsetzungsarbeiten, daß man keineswegs gewillt ist, Verstöße gegen diese Grundsätze hinzunehmen. Die Spitzenvertretungen der Bauhaupt- und Bauneben-

gewerbe haben erst kürzlich eine EntschlieÙung gefaÙt, wonach die Preissteigerung der Baukosten auf die Preissteigerung der Baustoffe zurückzuführen sei, während die Auftraggeber im allgemeinen geneigt sind, die Schuld dem Baugewerbe und Handwerk als letztem Glied der Erzeugung beizumessen. Gegen ungerechtfertigte Preissteigerung in den eigenen Reihen werden die Organisationen des Handwerks mit allem Nachdruck einschreiten. Auf die diesem Ziel dienenden Vorschläge wird später noch einzugehen sein.

Wir stehen damit sofort wieder vor der alten Streitfrage: „Welcher Preis ist angemessen?“. Eine eindeutige, für die Praxis brauchbare Umschreibung des Begriffes des angemessenen Preises gibt es bis heute nicht, trotzdem er im Mittelpunkt aller „Vergabe“-Verhandlungen steht. Die bisherigen Versuche, mit der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) die Frage des angemessenen Preises für eine angemessene Leistung zu lösen, haben sich in der Praxis als unzureichend erwiesen, da Maßstäbe für die zahlreichen Verschiedenheiten der Leistungen in der Praxis fehlen, die unabhängig von menschlicher Schwäche und Willkür auf das Wohl der gesamten Volksgemeinschaft ausgerichtet sind.

Wenn auch für den angemessenen Preis kein Festwert aufgestellt werden kann, so gibt es immerhin eine untere und eine obere Grenze, innerhalb der die angemessenen Angebote liegen. An der unteren Grenze liegen die Angebote der Unternehmer, die die günstigen Voraussetzungen für die Durchführung des Angebotes haben, an der oberen Grenze diejenigen, deren einzelne Preise unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse die Gesteungskosten decken. Es muß das Bestreben jedes ernsthaften Mitbewerbers sein, daß sein Angebot innerhalb dieser Grenzen liegt. Er muß also in der Lage sein, auch zu beweisen, daß sein Angebotspreis alle Selbstkosten deckt und darüber hinaus ihm einen der Arbeit und ihrem Risiko entsprechenden Gewinn läÙt. Dieses ist aber nur möglich, wenn der Anbieter selbst darüber Klarheit besitzt, welche Kosten ihm bei der Ausführung der Bauarbeiten entstehen.

Eine Einigung über den angemessenen Preis war solange nicht zu erzielen, als die Höhe des Preises im Sinne liberalistischer Wirtschaftsauffassung unbeschränkt durch Angebot und Nachfrage bestimmt wurde, ohne daß Erzeuger und Verbraucher die geringste Rücksicht auf ihre gegenseitigen Lebensnotwendigkeiten zu nehmen hatten. Solange konnten auch Methoden, die einen gerechten Ausgleich herbeizuführen geeignet waren, keinen Erfolg haben. Man wollte ihn ja gar nicht, obwohl die Ergebnisse eingehender Betriebs-, Bau- und Arbeitsuntersuchungen, die gerade bei dem besonders betroffenen Baugewerbe in stiller Kleinarbeit und enger Zusammenarbeit mit weitblickenden Unternehmern vom Deutschen Handwerksinstitut mit Unterstützung der Stiftung zur Förderung von Bauforschungen durchgeführt wurden, alle wünschenswerte Klarheit über die Kostenentstehung und Preisgestaltung, auch bei schwierigen Arbeitsvorgängen gebracht hätten. Wie oben erwähnt, hatte man mit Hilfe der VOB und sonstiger zusätzlicher Erläuterungsvorschriften theoretisch den angemessenen Preis festzulegen versucht. Kaum liegt aber ein praktischer Fall vor, so gibt es nicht einen, sondern häufig ein Dutzend angemessener Preise, wobei nicht selten sich gerade die billigsten Anbieter äußerst bemühen, auch die Angemessenheit und damit die Auskömmlichkeit ihrer Preise zu beweisen, bis sie den Zuschlag erhalten haben. Wir setzen voraus, daß bei diesen billigsten Anbietern keine Betrugsabsicht vorliegt, sondern daß diese von der Angemessenheit ihrer Preise selbst überzeugt waren. Bald nach Beginn der Arbeiten und insbesondere nach ihrer Fertigstellung ergibt

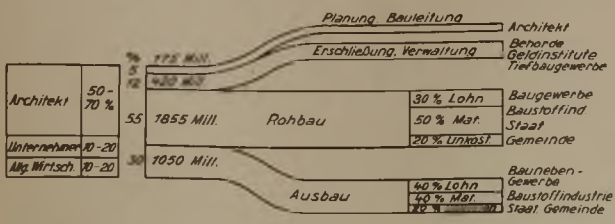
sich häufig ein Fehlschlag, bei dem in erster Linie der Unternehmer, aber auch der Bauherr die Geschädigten sind. Nachher — leider in den meisten Fällen zu spät — wird die Beweisführung versucht, daß es eben doch nicht der angemessene Preis gewesen wäre. Billigen wir den niedrigen Anbietern im Baugewerbe zu — und das sind wohl heute die meisten —, daß sie überzeugt sind, richtig kalkuliert zu haben, dann ergibt sich ohne weiteres, daß den Unternehmern noch unerläÙliche Grundlagen für ihre Kalkulation fehlen, ohne die eben der angemessene Preis in vergleichbarer Form überhaupt nicht gefunden werden kann.

Diese fehlende Grundlage besteht in zuverlässigen Werten für den Werkstoffverbrauch und Zeitverbrauch für eine Leistung, sowie in der Ermittlung einiger für die Kalkulation charakteristischer Summen. Besonders wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang die Ermittlung zuverlässiger Werte für den Zeitverbrauch bei der Leistung. Jede falsche Schätzung des Zeitverbrauchs bei der produktiven Leistung und auch des Werkstoffaufwandes wirkt sich infolge des Zuschlages der Geschäftskosten auf Werkstoff und Lohn vervielfacht aus. Wir konnten häufig feststellen, daß der Zeitverbrauch auf ganz groben Schätzungen beruht, die sich zwar auf das Gefühl des erfahrenen Praktikers stützen, aber mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Eine wissenschaftlich einwandfreie Ermittlung des notwendigen Zeitverbrauchs in den durch die praktischen Verhältnisse auftretenden normalen Schwankungsgrenzen erfolgt nicht. Solange nun bei aufsteigender Konjunktur bei der Schätzung des Zeitverbrauchs ein erheblicher Wagniszuschlag möglich ist, war das bisherige Kalkulationsverfahren einigermaßen brauchbar. Wenn aber in einer Notzeit wie der heutigen der Wettbewerb aufs äußerste gestiegen ist und sich die Kalkulation an der unteren Grenze bewegt, so muß dieses gefühlsmäßige Schätzungsverfahren naturgemäß zu den schwerwiegendsten Fehlschlägen führen.

Wir können feststellen, daß die Baubetriebsforschungen die Grundlage für die praktische Bildung des angemessenen Preises in der Bauwirtschaft geschaffen haben und somit seine Ermittlung kein betriebswirtschaftliches Problem der einzelnen Bauunternehmungen mehr allein ist, sondern ein volkswirtschaftliches von erheblicher Bedeutung.

In einer Veröffentlichung des Reichsbundes des Deutschen Baugewerbes wird die große Bedeutung der Schaffung zuverlässiger Werte für den Werkstoff- und Arbeitszeitverbrauch an Beispielen deutlich erläutert. Ausdrücklich sei hervorgehoben, daß es sich nur um eine Bestimmung von Richtwerten für Regelleistungen handelt, die nach bereits vorliegenden Ermittlungen innerhalb einer Umgrenzung von 20 bis 30 v. H. liegen. Diese Begrenzung der Schwankungsmöglichkeiten bedeutet einen außerordentlichen Fortschritt in der Genauigkeit der Kalkulation, wenn man die heutigen Unterschiede von 600 v. H. und mehr betrachtet. Für die Ausnutzung günstiger Betriebs- und Organisationsbedingungen bleibt bei der obigen Spanne in der Preisgestaltung nach wie vor genügend Spielraum, um den gesunden Fortschritt, der sich im Preis ausdrückt, nicht zu hemmen. Entscheidend ist aber die Ausschaltung der Schleuderpreise, die jede gesunde Entwicklung hemmen, sei es, daß diese infolge Unwissenheit oder in betrügerischer Absicht abgegeben werden. Mit der Ausscheidung der nach dem heutigen Stand der Technik und Wissenschaft für Regelfälle als unmöglich zu bezeichnenden Werte wird eine Beseitigung ungeeigneter Mitbieter und von Schmutzkonzurrenz möglich sein, um trotz der geringen Auftragsdecke die deutsche Bauwirtschaft im Kern gesund zu erhalten und

Verantwortl. best. Kostenteil	Org. Bauarbeiter	Jahresleistung 1929	Kostenbestandteile	Zergliederung	Am Umsatz Beteiligte
-------------------------------	------------------	---------------------	--------------------	---------------	----------------------

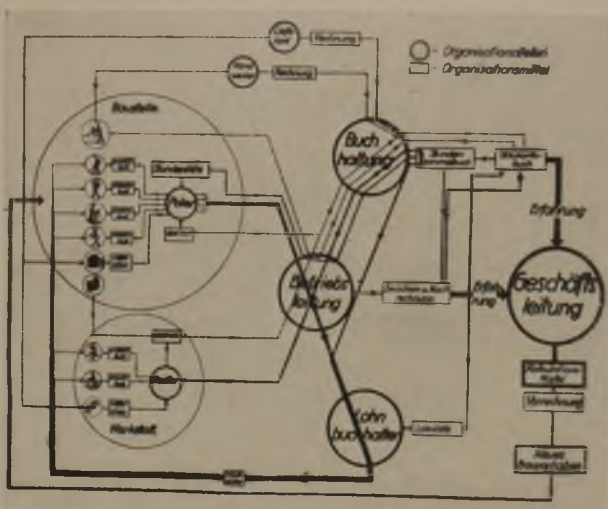


1 Kennzeichnung der Verantwortlichkeit für den Kostenfluß im Wohnungsbau (Zahlenbeispiel für das Jahr 1929)

2 Betriebsorganisation und Arbeitsablauf in einem Baubetrieb

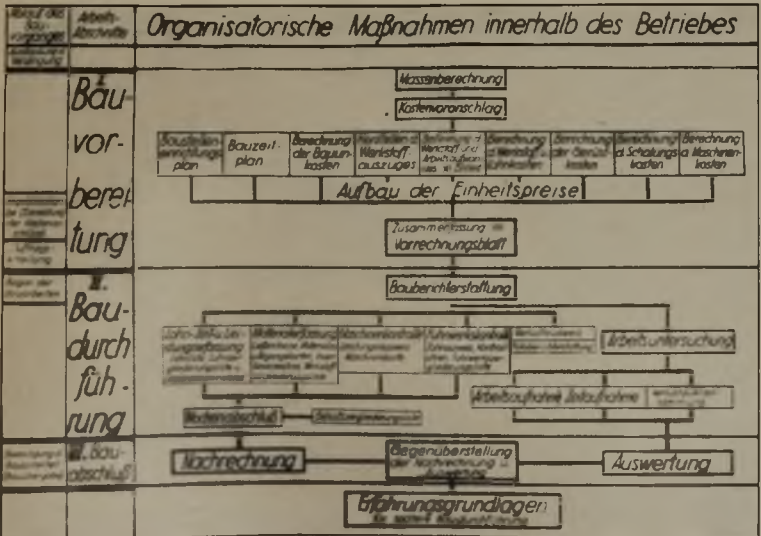
den Auftraggebern einwandfreie Arbeiten für angemessene Preise zu liefern.

Daß die Spitzenvertretung des Baugewerbes selbst bereit ist, die Folgerungen aus den gewonnenen Erkenntnissen zu ziehen, beweist ihre Eingabe vom April 1933 an die zuständigen Ministerien des Reiches und Preußens zwecks Schaffung einwandfreier Unterlagen für die Feststellung des angemessenen Preises für Regelleistungen. In dieser Eingabe wurde nochmals auf die schweren Gefahren hingewiesen, die der gesamten Wirtschaft durch die vorzugsweise Vergabe von Arbeiten an die Mindestfordernden erwachsen. Die Antworten der Behörden auf die Eingaben der baugewerblichen Verbände betonen immer wieder ausdrücklich die Bereitwilligkeit zur Zahlung angemessener Preise für angemessene Leistungen, jedoch wird vielfach von den ausschreibenden Stellen verlangt, zunächst einmal die Möglichkeit der Beurteilung der Angemessenheit durch die Vorlage einwandfreier, nachprüfbarer Unterlagen zu schaffen, damit nichtangemessene Angebote ausgeschlossen werden können. Sie erklären sich bereit, wenn derartige nachprüfbar Angaben gemacht würden, auf den betreffenden Träger der Arbeit einzuwirken, daß die Aufträge nur zu einem angemessenen Preis an zuverlässige Unternehmer vergeben werden. Hier sei auf die Veröffentlichungen des Rheinisch-Westfälischen Baugewerbeverbandes über die „Preisermittlung für Bauarbeiten“ hingewiesen, wo entgegen dem bisherigen Brauch und dem im Baugewerbe häufig betonten Geschäftsgeheimnis tatkräftig daran gegangen ist, Unternehmern für den Werkstoffaufwand und

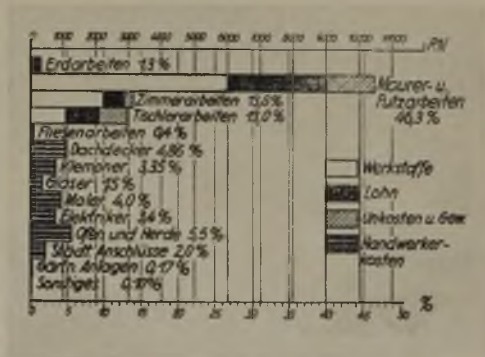


den Zeitverbrauch der produktiven Leistung verlässlichere Werte an die Hand zu geben, als es bisher eine Schätzung auch nur annähernd sein konnte. Entscheidend ist, wie bereits vorher erwähnt, daß das Baugewerbe selbst den dringenden Wunsch hat, die für die Berechnung des angemessenen Preises unerläßlichen Grundlagen in der Praxis zu schaffen. Die Spitzenvertretungen des Handwerks sind zur Zeit damit beschäftigt, Vorschläge zur Verbesserung der Preisgestaltung in der Bauwirtschaft zu machen.

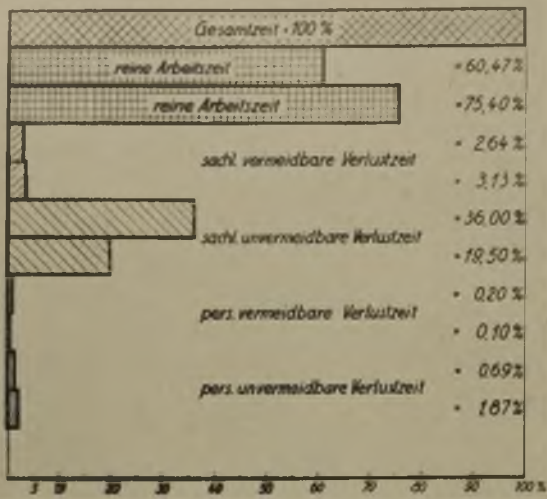
Diese Vorschläge verdichteten sich zu einem Gesetzentwurf zur Errichtung einer „Gutachter- und Schiedsstelle für Bauvergebung“, die durch ihre Zusammensetzung die Gewährleistung für Vertrauen und Sachkenntnis gibt. Diese Stelle wird als kleine, ehrenamtlich tätige Kommission aus den Vertrauensleuten der Regierung, der beteiligten Handwerkszweige und sachverständigen Wissenschaftlern bestehen. Hierbei gilt es nicht, verwaschene Ausschlußbeschlüsse herbeizuführen, sondern in wichtigen Streitfällen restlose Klarheit zu schaffen. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden dann nach der sachlichen und grundsätzlichen Seite hin die Unterlagen für die Maßnahmen der Reichsregierung bilden können, um gegen Störer des nationalen Aufbaues einzugreifen, ohne die gutwilligen Wirtschaftskreise zu treffen. Diese Kommission hätte auch über alle Einzelfragen ihr Gutachten abzugeben, die im Zusammenhang mit der Frage des angemessenen Preises im Baugewerbe stehen, z. B. die Untersuchung von Richtwerten für Regelleistungen, Unkostenaufstellungen, Normalkostenanschlag,



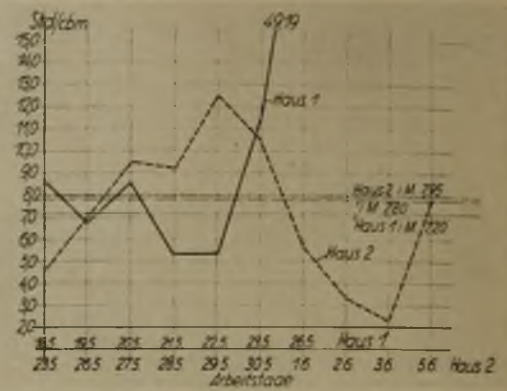
3 Zeitliche Reihenfolge der organisatorischen Maßnahmen innerhalb des Bauvorganges



4 Zergliederung der tatsächlichen Baukosten eines Zweifamilien-Doppelhauses



5 Schornsteinmauerwerk, mit und ohne Lehre. // // // // // Mauern ohne Lehren und Mauern mit Lehren einschl. Aufstellen der Lehren



6 Mittlerer Arbeitszeitbedarf für 1 cbm Erdgeschossmauerwerk (Hohlmauerwerk 28 cm stark 12 + 6 + 12) an den einzelnen Arbeitstagen

Einheitsbuchführung usw. In umfangreichen Forschungsarbeiten sind brauchbare und zuverlässige Verfahren ausgebildet, von denen einige durch folgende Beispiele näher erläutert werden sollen.

1. Zunächst soll ein kurzer Überblick über den Verlauf des gesamten Kostenflusses beim Wohnungsbau gegeben werden, da hierüber vielfach Unklarheiten bestehen. Es wird in Bild 1 ein Beispiel aus dem Jahre 1929 gezeigt, das besonders die für die Kostenhöhe verantwortlichen Stellen im Wohnungsbau kennzeichnet. Man kann drei Gruppen unterscheiden, wobei die von der einen Gruppe ausgelösten Kosten für die anderen zwangsläufig sind: Der Architekt, der als Entwurfsgestalter in künstlerischer und technischer Hinsicht die Wünsche des Bauherrn zum Ausdruck bringt.

Der Unternehmer, der den Entwurf zur Ausführung bringt.

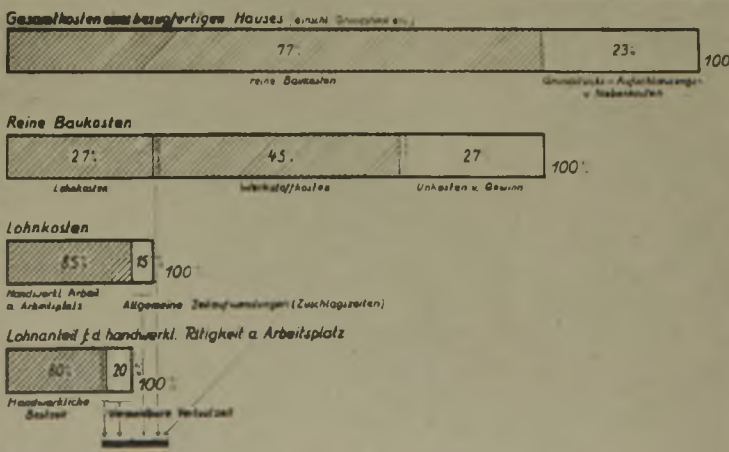
Verschiedene Stellen der allgemeinen Wirtschaft, die die Kosten des Baues durch ihre Maßnahmen beeinflussen, wie Behörden, Geldinstitute usw. Bei dem Beispiel fällt der überragende Einfluß (60 v. H.) des Architekten auf die Kostenhöhe des Bauwerks auf. Er ist darauf zurückzuführen, daß der Architekt die Erschließung des Grundstücks, den Grundriß, die Bauweise und den Baustoff bestimmt. Für den Unternehmer, der das Bauwerk errichtet, sind die Vorarbeiten des Architekten hinsichtlich der technischen Ausführung und der

Kostenhöhe entscheidend. Eine erhebliche Anzahl kleiner Aufwendungen, wie z. B. zur Erfüllung der behördlichen Bestimmungen, ferner die Kosten, die zur Finanzierung aufzubringen sind, Straßenbaukosten zur Aufschließung des Geländes u. dgl. mehr, erfordern etwa 10 bis 20 v. H. der gesamten Baukosten.

2. Die Grundlage für eine einwandfreie Ermittlung von Richtwerten bildet eine ausreichende Betriebsorganisation der ausführenden Bauunternehmung, wie sie in Bild 2 gezeigt ist. In dieser Darstellung sind die Organisationsstellen mit Kreisen, die Organisationsmittel mit Rechtecken bezeichnet. Der Arbeitsablauf innerhalb des Unternehmens ist durch verschiedenartige Linien gekennzeichnet.

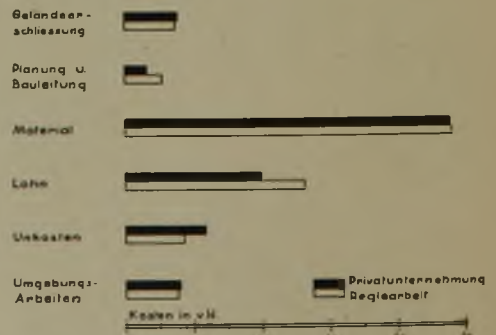
3. Die organisatorischen Maßnahmen sowie ihre zeitliche Reihenfolge innerhalb des Betriebes zeigt Bild 3. Die Gliederung der gesamten Maßnahmen erfolgt nach den drei bekannten Hauptabschnitten: a) Bauvorbereitung, b) Baudurchführung, c) Bauabschluß.

Das Ziel innerhalb der „Bauvorbereitung“ ist über Massenberechnung und Kostenvoranschlag der Aufbau der Einheitspreise (Aufstellung der Selbstkostenberechnung) und ihre Zusammenfassung im Vorrechnungsblatt. Bei der „Baudurchführung“ wird durch die Bauberichterstattung einerseits und durch Arbeitsuntersuchungen andererseits die Grundlage für Richtwerte geschaffen. Im Abschnitt „Bauabschluß“ ergeben sich aus der Gegenüberstellung



Einflussbereich der menschlichen Arbeitskraft im Baubetrieb
 ad 5% der Gesamtkosten eines Wohnhauses
 ad 11% der reinen Baukosten

7 Einflussbereich der menschlichen Arbeitskraft im Baubetrieb. (Dreigeschossiger Wohnhausblock in normaler Ziegelbauweise)



8 Kostenvergleich zwischen Ausführung durch Privatwirtschaft und in Regiarbeit

der Nachrechnung und der Auswertung der Arbeitsuntersuchungen die Erfahrungsgrundlagen (Richtwerte) für spätere Bauvorhaben.

4. Die Bauberichterstattung gibt die Zergliederung der tatsächlichen Baukosten (siehe Bild 4), getrennt sowohl nach den einzelnen Arbeiterkategorien als auch nach Lohn, Werkstoff, Unkosten und Gewinn.

5. Die Arbeitsuntersuchungen bilden eine weitere Grundlage zur Ermittlung der Richtwerte. Das Beispiel einer Zeitaufnahme, der ein Vergleich von Schornsteinmauerwerk mit und ohne Lehren zugrunde gelegt ist, zeigt Bild 5. In diesem Beispiel ist als Maß für die zahlenmäßige Erfassung des Einflusses der Verwendung von Mauerlehren die veränderte Arbeitsleistung des Menschen selbst ermittelt. Aus den verschiedenen durchgeführten Vergleichen von Mauern mit und ohne Lehren ergab sich eine Leistungssteigerung von 15 v. H. bei Verwendung von Mauerlehren.

In Beispiel 4 und 5 wurden Zweck und Ergebnisse der Bauberichterstattung sowie der Arbeitsuntersuchungen gezeigt. Werden diese Ergebnisse auf verschiedenen Baustellen und unter verschiedenen Umständen (Wetter, Ort, Verfassung des Arbeiters usw.) erzielt, so ergeben die Mittelwerte daraus die Richtwerte für neue Bauvorhaben. 6. So stellt Bild 6 den ermittelten Zeitbedarf für 1 cbm Erdgeschoßmauerwerk dar. Aus diesem Bild ist ersichtlich, daß der Zeitbedarf an den einzelnen Arbeitstagen großen Schwankungen unterworfen ist. Der starke Zeitbedarf am 23. Mai und am 26. Mai bei Haus I ist durch die Restarbeiten in den engen Gruben und über der Kragplatte, bei der viel Paßarbeit zu verrichten war, entstanden.

7. In diesem Zusammenhang ist der Einflußbereich der menschlichen Arbeitskraft im Baubetrieb (Bild 7) von außerordentlicher Bedeutung. Die Frage der Bestgestaltung der menschlichen Arbeitskraft verdient insofern besondere Beachtung, als die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Baubetriebes in erster Linie durch günstige Einschaltung des Menschen in den Arbeitsprozeß zu erreichen ist. Die im Beispiel angeführten Werte sollen ein Bild von den in der Praxis gegebenen Verhältnissen vermitteln und die ungefähre Größenordnung zeigen, innerhalb welcher die menschliche Arbeitskraft im Baubetrieb wirksam ist.

8. Endlich soll noch das Ergebnis einer Bauuntersuchung für eine umstrittene Frage dargelegt werden, nämlich ob es richtiger ist, ein Bauvorhaben unter Einschaltung des privaten Baugewerbes oder in Regie (Träger: Behörden, Genossenschaften usw.) durchzuführen. Die Beantwortung dieser Frage für ein bestimmtes Beispiel gibt Bild 8. Es ist hier ein Kostenvergleich bei einer kleinen Siedlung aufgestellt, die z. T. in Regiearbeit, z. T. durch einen privatwirtschaftlichen Baubetrieb ausgeführt wurde. Es ergab sich zuerst, daß die Ausführung durch die Privatwirtschaft ungünstiger erschien, weil bei diesem Arbeitsverfahren alle Leistungen als bezahlt auftraten, während bei Ausführung in Regiearbeit die Leistungen des Stadtbauamts, die Leistungen an Unterstützungen usw. in anderen Abrechnungen und Fonds erschienen. Diese Leistungen waren aber innerhalb der deutschen Volkswirtschaft bezahlt worden.

Ein zweiter Vergleich, in dem alle Kosten und Leistungen, auch nachträgliche Leistungen außerhalb des ursprünglichen Bauvertrages berücksichtigt sind, ergab, daß die Regiearbeit etwa 5 v. H. teurer ist. Wenn man ferner die Nachteile bedenkt, die der Wirtschaft durch die Regiearbeit erwachsen, wie

Verminderung des Umsatzes der privaten Bauwirtschaft, Verminderung des Einkommens der beschäftigten Arbeiter

und damit Verminderung ihrer Kaufkraft, Steuerausfälle, Verminderung der Einnahmen für soziale Einrichtungen, Bedarf großer öffentlicher Mittel für die Arbeitslosenunterstützung, Fürsorgeunterstützung,

Verhinderung der Anpassung der behördlichen Stellen an die tatsächlichen Bedürfnisse der Wirtschaft,

so muß man zu der Auffassung kommen, daß auch in den Fällen, in denen die Erstellung der Siedlungen durch das private Baugewerbe zahlenmäßig etwas höhere Kosten als in Regiearbeit verursacht, der Beschäftigung des privaten Baugewerbes der Vorzug zu geben ist. In jedem Falle sollte versucht werden, die arbeitslosen Siedler innerhalb eines eingespielten Baubetriebs zu beschäftigen, um einen möglichst hohen Wirkungsgrad ihrer Tätigkeit zu erhalten. Dies wären einige Beispiele aus den Gebieten, auf denen bereits eine große Reihe von Forschungsergebnissen vorliegen.

Haben sich nun die Führer der baugewerblichen Verbände des Bauhaupt- und der Baunebengewerbe und des Reichsstandes des deutschen Handwerks die obenangeführten Vorschläge zu eigen gemacht und bestehen unter den zahlreichen Baugewerbetreibenden kaum mehr Meinungsverschiedenheiten, so scheint die gleiche Überzeugung in den Reihen der Baubeamten und Architekten noch vielfach zu fehlen. Gewiß ist die schwierige Lage der Baubeamten in ihrer doppelten Verantwortlichkeit gegenüber einer vorgesetzten Dienststelle mit mehr oder minder ressortmäßiger Einstellung und gegenüber dem Auftragnehmer im Sinne der gesamten Volksgemeinschaft nicht zu verkennen. Es ist daher auch zu verstehen, daß man in den Kreisen der Baubeamten einem erheblichen Pessimismus begegnet, wenn überhaupt von Verbesserungsmöglichkeiten des Verdingungswesens gesprochen wird. Entscheidende Bedeutung wird dem Vertrauensverhältnis zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer unter Einhaltung des Grundsatzes „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ beigemessen. Soweit dies vorhanden ist, treten Schäden auch eines im Verfahren unvollkommenen Verdingungswesens kaum auf. Häufig wird dieses Vertrauensverhältnis unter Hinweis auf zahlreiche Enttäuschungen als der glückliche Ausnahmefall bezeichnet, der vorkommt, um die Regel der üblichen Schwierigkeiten zu bestätigen.

Es wäre falsch, die in der menschlichen Wesensart begründeten Schwierigkeiten und Hemmungen zu unterschätzen. Aber im Zeitalter des Nationalsozialismus sind schon wesentlich schwierigere Aufgaben gelöst worden, die eine größere Umstellung des menschlichen Denkens erforderten als die vorgeschlagenen Wege zur Verbesserung des Verdingungswesens. Wir müssen der Überzeugung Ausdruck geben, daß die Befolgung der ewigen Gesetze der Wahrheit und Klarheit auch im Wirtschaftskampf zur langsamen Besserung beiträgt.

Vielleicht werden hierbei an den überwiegend auf nüchterne Sachlichkeit und Erfahrung eingestellten Techniker weitergehende Anforderungen gestellt als im Zeitalter des Liberalismus. Der Techniker darf nicht nur mit kühlem Verstand an die Meisterung der Probleme herangehen. Es gehört hierzu auch die Antriebskraft eines tiefen Gefühls für alle dem Wohle der Volksgemeinschaft dienenden Maßnahmen, wie es nur der Nationalsozialismus seinen Trägern zu geben vermag. Hüten wir uns als Techniker davor, diese wichtige Eigenschaft für den Erfolg aller menschlichen Handlungen in uns verkümmern zu lassen.

Die Bereinigung der großen Schäden des Verdingungswesens wird für den Techniker mit ein Prüfstein sein, ob er in der Lage ist, seine Sachkenntnis mit der Begeisterungsfähigkeit und lebendigen Frische, die zur Über-

windung großer Schwierigkeiten notwendig sind, zu verbinden und damit seine Eignung zum Führer zu beweisen, für die er die Sachverständigkeit anderen Berufskreisen voraus hat.

Die nationale Revolution hat die Bahn frei gemacht, auch für die Bereinigung der Schäden des Verdingungswesens im Wirtschaftsleben des Volkes. Die Schwierigkeiten und Hemmungen sind erkannt; sie sind nicht unüberwindlich.

Damit entsteht aber für die Führer der Bauwirtschaft die dringende Verpflichtung, sich nicht mehr mit den vorhandenen Unvollkommenheiten abzufinden, sondern die sich aus den Grundsätzen nationalsozialistischer Weltanschauung ergebenden Verbesserungsmöglichkeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen, wenn nicht andere Kräfte von außen bestimmend eingreifen sollen, um weitere Schäden von der Volksgemeinschaft fernzuhalten.

HERBSTTAGUNGEN DER VERBÄNDE FÜR BAUKUNST, KUNSTGEWERBE, HEIMATSCHUTZ U. A.

V. DEUTSCHER WERKBUND

Vom 29. September bis 1. Oktober in Würzburg

Die 22. Jahresversammlung stand unter dem Zeichen der Gleichschaltung und Neuausrichtung des Bundes. Bereits die Vorstandssitzung zeigte den einmütigen Willen des Werkbundes, sich in die Arbeit des Kampfbundes für Deutsche Kultur und den Neuaufbau des Reiches einzugliedern. Der alte Vorstand beschloß in der Mitgliederversammlung die Vorlegung neuer Satzungen und stimmte in allen Punkten dem vom Kampfbund für Deutsche Kultur eingesetzten Vorstand zu. Danach löste sich der alte Vorstand entsprechend den Satzungen auf, um die Annahme der neuen Satzungen in der Mitgliederversammlung am nächsten Tage zu ermöglichen. Auch die Mitgliederversammlung zeigte ein einheitliches Bild. Die neuen Satzungen, die nach dem Führerprinzip aufgestellt sind, wurden einstimmig angenommen. Damit wurde die neue Satzung zum Werkzeug der Neuordnung des Bundes in der großen deutschen Freiheitsbewegung. Wie stark diese Einordnung bereits geschehen ist und weiterhin geschehen wird, zeigt die Rede des Werkbundesführers über die Ziele des Werkbundes im neuen Reich, in dem sich der Deutsche Werkbund an den entscheidenden Stellen mit einzusetzen hat für die Neugestaltung nicht nur des künstlerischen, sondern des gesamten Lebens aus einer neuen Gesinnung heraus. Diese Werkgesinnung des neuen Werkbundes, die sein großes neues Ziel darstellt, weist in erster Linie darauf hin, in der deutschen Künstlerschaft, in der Handwerkerschaft und in der Industrie eine Gesinnung zu schaffen, die die unbedingte künstlerische wie technische Wertigkeit der Arbeit pflegen soll und die darauf abzielt, daß die Gesinnung des deutschen Handwerkers, wie wir sie im Mittelalter gehabt haben und die die Grundlage unserer großen Kunstüberlieferung gewesen ist, auch wieder bei uns einzieht, damit wirklich wieder künstlerische Arbeit aus der Gesinnung des Handwerks und der handwerklichen Tüchtigkeit erwächst. Die Werkgesinnung des deutschen Menschen, die der Werkbund vertreten wird, kämpft nicht um formale Fragen oder Grundsätze, entwickelt aus dem Ästhetizismus, sondern sie soll alle deutschen schöpferischen Menschen umfassen und ergreifen und soll erreichen, daß jedes deutsche Kunstwerk aus diesem Geist des Schöpferischen wachsen und seinen Stempel tragen soll. Der Werkbund will ein Stoßtrupp sein, um die Idee des Führers zu verwirklichen: durch die künstlerische Leistung die stolzeste Verteidigung des Vaterlandes zu übernehmen. Wenn der Deutsche Werkbund seiner Idee gerecht wird, dann hat er auch wieder die Berechtigung, sich als Deutscher Werkbund zu be-

zeichnen, der wirklich das deutsche Werk durchsetzt nicht nur im Kampf gegen den Kitsch, sondern vor allen Dingen in der Schaffung einer neuen Gesinnung. Denn ohne diese Gesinnung ist unser Kampf gegen den Kitsch unmöglich und eine wirkliche Auswertung unserer guten Ideen eine Arbeit, die der Unmöglichkeit gleichkommt. Dieser unerschütterliche Wille, den die neue Werkbundleitung in Würzburg auch dadurch öffentlich darlegte, daß die Tagung unter das Sinnbild der Schöpfung jenes großen Tilmann Riemenschneider gestellt wurde, gibt uns die Gewähr, daß der Deutsche Werkbund seine Aufgabe darin sehen wird, daß durch die Arbeit des schöpferischen Menschen das Leben im neuen Deutschland zum entscheidenden Moment umgestaltet wird. Der Werkbund wird daher die Aufgabe haben, sich all der wesentlichen Kräfte zu bedienen und diejenigen zu sammeln, die man auf ihrem Gebiet unbedingt als Meister in ihrer Arbeit bezeichnen kann.

Bundesführer wurde Architekt Carl Christian Lörcher, Berlin, der seinerseits in den Bundesvorstand als seinen Stellvertreter Kustos Winfried Wendland und außerdem Professor Paul Schmitthenner, Regierungsbaumeister Carl Johann Fischer und Direktor Karl Borst, Berlin, berief. Der Bundesbeirat setzt sich aus den Leitern der zwölf Landesbezirke zusammen. Als Ort der nächsten Jahresversammlung wurde Königsberg in Aussicht genommen. Das neue Arbeitsprogramm sieht die Gründung einer Werkbundstiftung vor zur jährlichen Verleihung einer goldenen, silbernen und ehernen Plakette und der Verleihung des Titels „Werkbundesmeister“ für die beste Leistung auf dem Gebiete der Kunst, des Handwerks und der Industrie. Zur Förderung der Heimindustrie soll ein Ausschuß eingesetzt werden zur Belebung alter volkstümlicher Techniken in Zusammenarbeit mit auf diesem Gebiet tätigen Künstlern zur Schaffung von Absatzmöglichkeiten für die notleidende Künstlerschaft. In einem Brennpunkt des Verkehrs soll eine „Deutsche Schau“ eingerichtet werden, die die Spitzenleistungen deutscher Wertarbeit vor allem auch für die Ausländer in einer einwandfreien und schönen Ausstellung zeigt. Auf den Siedlerschulen soll ein geschmacklicher Unterricht erteilt werden, der sich vor allem auch den neuen deutschen Bauernmöbeln für die Siedlerwohnungen zuwendet. Die Zeitschrift „Die Form“ soll von dem bisherigen programmatischen Charakter weggeführt werden und sich mehr der nützlichen Auswirkung zuwenden, so daß sie zu einem Beratungsorgan für alle schöpferisch Tätigen wird.

WIE IST DER WOHNUNGSBAU ZU FÖRDERN ?

Dr. K. von Mangold, Berlin

Wenn der Wohnungsneu- und -umbau und die Schaffung nebenberuflicher Siedlerstellen bei uns tatkräftig gefördert werden sollen, so ist gewiß die Beschaffung öffentlicher Mittel notwendig; aber man möge doch nicht übersehen, daß Staat und Gemeinden, namentlich durch Verwaltungsmaßnahmen, noch auf mannigfache andre Weise helfen können. Daß in dieser Richtung noch viel geschehen kann, ist eine alte Wahrheit, aber es ist überraschend zu sehen, wie viele und bedeutende Möglichkeiten sich, namentlich für die Gemeinden, zeigen, wenn man die Sachlage planmäßig und vorurteilsfrei durchprüft. Diese Art Förderungsmöglichkeiten darzulegen, insbesondere für den privaten Wohnungsbau, ist das große Verdienst eines sehr eindrucksvollen kleinen Büchleins „Wohnungsbau fördern“ von Bürgermeister a. D. und Stadtrat Bruno Müller in Frankfurt a. Main*), das offenbar auf reicher praktischer Erfahrung beruht. Es lohnt sich, den Ausführungen eine eingehendere Betrachtung zu widmen, da sie wertvolle Hilfsmittel in unserer schwierigen Lage zeigen. Wir greifen deshalb aus den Anregungen und Vorschlägen, die übrigens ihrerseits nicht vollständig sein wollen, eine größere Anzahl der wichtigeren oder bisher weniger beachteten heraus.

Müller stellt sich den deutschen Wohnungsbau der Zukunft offenbar größtenteils, wenn auch nicht ausschließlich, in der Form des Einfamilienhauses und des Flachbaues mit Ein- bis Dreifamilienhäusern, wohl in der Regel mit Garten, vor, dagegen denkt er an nebenberufliche Siedlungsstellen, die ihren Inhabern eine wirkliche kleine Bodenwirtschaft ermöglichen und denen für die Zukunft doch eine große Bedeutung zukommt, anscheinend nur wenig. Indes ist dies für uns hier nicht wesentlich, denn die Müllerschen Anregungen sind u. E. von Bedeutung nicht nur für Miethäuser, Kleinhäuser und Eigenheime, sondern auch für diese nebenberuflichen Siedlungsstellen.

Die Ausführungen Müllers legen die Bestimmungen und Vorschriften in Preußen zugrunde. Die Arbeit wurde Ende August 1932 abgeschlossen; auf diesen Zeitpunkt dürften sich also im allgemeinen die Darlegungen beziehen; allerdings finden sich einige Bemerkungen in der Schrift, die auch noch spätere Zeitpunkte betreffen. Natürlich hat sich seitdem in den einschlägigen Verhältnissen einiges geändert, aber im großen und ganzen dürften die Müllerschen Vorschläge auch heute noch erheblichen Wert besitzen. Endlich bezieht sich die Arbeit offenbar im wesentlichen auf städtische Verhältnisse.

Bodenbeschaffung

Wenn die Baulust angeregt werden soll, so ist eines der wichtigsten Mittel die Beschaffung billiger Grundstücke. Müller rät dem Staat und den Gemeinden, aber auch den privaten Grundstücksbesitzern, aus den vorhandenen Vorräten Grundstücke zu mäßigem Preise zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhange empfiehlt er den Gemeinden auch, den Bodenpreis gegenüber dem Stande von 1914 zu ermäßigen, selbst gewisse Verluste in Kauf zu nehmen, um die Neubautätigkeit zu beleben. Interessant ist, daß einige Großstädte zwar Preise etwa entsprechend dem Buchwerte verlangen, aber Zahlung in städtischen Obligationen zulassen, wodurch, da diese im Kurse von etwa 60 bis 70 v. H. ständen, der Kaufpreis um etwa ein Drittel verbilligt werde. Entgegenkommen könne auch schon durch Stehenlassen eines großen Teils des

Kaufpreises mit niedriger Verzinsung gezeigt werden. In Gemeinden mit stark zersplittertem Grundbesitz empfiehlt Müller, da die zur Abhilfe bestimmten Gesetzesbestimmungen schwierig und langwierig anzuwenden seien, städtische Vermittlung und Herbeiführung freiwilliger Umlagen zur Beschaffung von Baugelände, und für die Gesetzgebung die Schaffung der Möglichkeit, die Zustimmung einzelner widerstrebender Grundbesitzer zu Grenzvereinigungen, Grundstücksaustausch u. dgl. zu ersetzen, wenn das öffentliche Interesse dies verlangt.

Baulanderschließung und Anliegerbeiträge

Hier betreten wir ein Gebiet, auf dem die Klagen über bürokratische Verteuerungen und Hemmungen bekanntlich schon sehr alt und sehr lebhaft sind, und es besitzen die Gemeinden auf ihm in der Tat ja auch eine ganz außerordentliche Machtfülle, besonders infolge des so ungemein weit verbreiteten sogenannten kommunalen Bauverbots, d. h. des Verbots, an noch nicht völlig fertig hergestellten Straßen ohne besondere Erlaubnis der Gemeinde Wohngebäude zu errichten. Diese Erlaubnis wird aber wohl meist nur erteilt, wenn die Deckung der künftigen Anliegerleistungen durch Barzahlung oder Hypothekeneintragung oder beides zusammen gesichert wird. „In vielen Orten“, sagt Müller, „sind alle Straßen, an denen Anbau noch möglich ist, noch nicht rechtlich fertiggestellt.“ Müller fordert nun möglichst niedrige Anliegerbeiträge mit Hilfe einer ganzen Reihe von Mitteln: Stichstraßen und Wohnwege, geringere Straßenbreiten für Wohnstraßen, Übernahme der über die Kosten einer normalen Wohnstraße hinausgehenden Straßenkosten auf die Gemeinden u. dgl. m. Er macht auch darauf aufmerksam, daß, soweit vorhandene Straßen noch aus der Vorkriegszeit stammen, die Gemeinden infolge der Aufwertung für jede seinerzeit ausgelegte Mark nur noch mit höchstens 0,125 M belastet seien. Die Freilegungsquote für Straßen, Plätze und Grünflächen will er beim Flachbau der Zukunft, dem Ein- bis Zwei- und Dreifamilienhaus, dem Mietkasernenbau gegenüber entsprechend geringer bemessen sehen. Ebenso verlangt er Herabsetzung der Gebühren für den Anschluß von Gas, Wasser usw. auf den reinen Kostenbetrag unter Ausschaltung etwaiger Verdienstspannen der Gemeinden usw.

Als großen Übelstand bezeichnet Müller auch die infolge der späten endgültigen Fertigstellung der Straßen (Fertigstellung im rechtlichen Sinne) oft bestehende lange — nach Müller oft jahrzehntelange — Ungewißheit über die endgültige Höhe der Anliegerbeiträge, durch die mancher Baubewerber abgeschreckt und manche Hypothekeneinbeileihung erschwert oder vereitelt werde. Hier meint Müller, die Gemeinden müßten sich entschließen, auch schon vor der endgültigen Straßenherstellung ihre Ansprüche in Form einer Abfindung, mit der der Bauherr endgültig freiwerde, festzusetzen. Eine große Erleichterung für den Bauherrn wäre auch die von Müller verlangte Zusammenfassung all der verschiedenen, in Großstädten nach ihm jetzt auf fünf oder sechs Verwaltungen sich verteilenden Forderungen, die für die Gemeinde bei einem Neubau entstehen, zu einer einzigen Gesamtforderung, die von einer Dienststelle einheitlich verwaltet würde. Diese Forderung soll dann auch mindestens teilweise gestundet, einheitlich verzinst und durch allmählichen Abtrag getilgt werden. Endlich erhebt Müller eine für die Bauförderung und Hypothekenebeschaffung äußerst wichtige Forderung, die ja auch aus

*) 1933 Sozietätsverlag, Frankfurt a. M., Heft 2 der Schriften der Forschungsstelle für Wohnungswesen in Frankfurt a. M., 64 S., 1,50 M.

den Kreisen der städtischen Kleinsiedler schon oft gestellt worden ist, nämlich, daß die Gemeinden bei der Eintragung von Hypotheken zur Sicherung ihrer Forderungen auf den Grundstücken der Bauherren die ersten etwa 60 v. H. des Gesamtwertes für die erste Baugeldhypothek und das Restkaufgeld des Grundstücks freilassen und sich mit einer nicht mündelsicheren Hypothek zufriedengeben. Wenn damit auch ein gewisses Risiko verbunden sei, so werde doch der Wohnungsbau auf diese Weise gefördert.

Behördliche Hemmungen

Im allgemeinen sind ja überhaupt die behördlichen Hemmungen und Erschwerungen der Wohnungsbautätigkeit ein schmerzliches Kapitel. Zum guten Teil hängen sie zusammen mit der großen Zersplitterung der behördlichen Stellen, die bei einem Neubau irgendwie gefragt werden müssen. Für Berlin wurden vor einer Reihe von Jahren in einem vielbemerkten Aufsatz nicht weniger als 6 staatliche und 20 städtische verschiedene Dienststellen aufgezählt, die irgendwie mit dem Wohnungsneubau befaßt waren, wenn wahrscheinlich auch nicht alle bei jedem einzelnen Bauprojekt, und überdies hätten diese Dienststellen in sich mehrere zuständige Stellen, mit denen sich der Baulustige ins Benehmen setzen müsse. Für Frankfurt a. M. gibt Müller nicht weniger als 16, meist städtische Dienststellen an, mit denen verhandelt werden müsse, „wenn auf einem Privatgrundstück gebaut werden soll“. Welches Maß von Arbeit und Verzögerung, oft aber sicher auch von Ärger und Verdruß das für alle Beteiligten ergibt, liegt auf der Hand. Zur Verminderung dieser und verwandter Hemmungen macht Müller eine ganze Reihe von Vorschlägen, u. a. Herstellung eines gedruckten „Wegweisers“ für Baulustige, Verzicht der städtischen Körperschaften auf Mitwirkung im Einzelfalle, weitergehende Vollmachten an die Baupolizei zur Genehmigung von Abweichungen und Zusammenfassung mehrerer Dienststellen unter einheitlicher Leitung; so sind in Frankfurt a. M. „jetzt Tiefbauamt, Hochbauamt und Siedlungsamt zu einem Stadtbauamt vereinigt worden, bei dem Differenzen der einzelnen Stellen ‚im Hause‘ abgemacht werden können“. Sehr bemerkenswert erscheint weiter der Vorschlag, die städtischen Bauberatungsstellen, unter Beschneidung ihrer Tätigkeit nach gewissen Richtungen hin, andererseits zu Auskunfts- und Beratungsstellen bei Baugesuchen u. dgl. zur Erlangung der verschiedenen erforderlichen Genehmigungen und in Frage kommenden behördlichen Erleichterungen auszugestalten, zu einer Art von „Lotsenstelle“, „die immer wieder für die Vermeidung der Klippen und Hindernisse sorgt, die sich einem Projekt in den Weg stellen. . . . Das Publikum hätte dann im allgemeinen nur an dieser einen Stelle vorzusprechen, die sich eventuell telephonisch in den verschiedenen Büros nach dem jeweiligen Stande erkundigt und die Interessen der Baubewerber wahrnimmt“. In der gleichen Linie der Erleichterung liegt der Vorschlag, „die geltenden Vorschriften über das Baupolizeiwesen, die meist in unzähligen Nachträgen niedergelegt sind, zusammenzufassen, der Jetztzeit anzupassen und neu zu veröffentlichen“.

Indes auch an den staatlichen Stellen geht Müller in diesem Zusammenhange nicht vorbei. Er regt an, daß der Staat angesichts des in den letzten Jahren sehr viel unübersichtlicher und schwieriger gewordenen Grundbuchwesens die Grundbuchbeamten anweisen soll, den Baulustigen bei der Einsichtnahme in das Grundbuch beratend und helfend zur Seite zu stehen sowie auch unübersichtlich gewordene Grundbuchblätter umzuschreiben. Weiter empfiehlt er, das Verfahren zur Erlangung des sogenannten Unschädlichkeits-

zeugnisses, d. h. der behördlichen Bescheinigung, daß die Abtrennung kleinerer Teilparzellen von einem Grundstück für die Sicherheit der Hypothekengläubiger unschädlich sei, zu reformieren und das Grundstücksschätzwesen durch allgemeinere Annahme des Einheitswertes und auf andere Weise zu verbessern.

Abgabenverminderung, Finanzierung

Zur Förderung der Bautätigkeit hält Müller auch Senkung der Abgaben für erforderlich, da, wie er sagt, die Nachkriegszeit „bei fast allen Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträgen), die im Zusammenhang mit einem Neubau zu entrichten sind, wesentliche Steigerungen gebracht“ hat. Hier könnten die Gemeinden allerlei tun, namentlich bei den Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer und bei der Zuwachssteuer. Müller empfiehlt sowohl dies wie gewisse staatliche Steuerermäßigungen, ebenso auch Herabsetzung der Notariats- und Grundbuchgebühren und eine Ermäßigungsaktion auch bei den Architekten- und Maklergebühren. Recht bemerkenswert erscheint auch der Vorschlag, Einzahlungen bei zugelassenen Bausparkassen und bei öffentlichen Sparkassen, wenn sie zum Zwecke der künftigen Errichtung eines Eigenheims festgelegt werden, in gleicher Weise einkommensteuerfrei zu lassen wie jetzt die Einzahlungen bei Lebensversicherungsgesellschaften. Zur Finanzierung der Wohnungsbautätigkeit bringt die Müllersche Schrift in der Hauptsache eine recht nützliche Zusammenstellung der wichtigsten in Frage kommenden Quellen. Besondere Erwähnung verdient angesichts der derzeitigen mangelhaften Organisation des Hypothekenmarktes der Gedanke gemeinnütziger Hypothekenvermittlungsinstitute durch die Gemeinden und Sparkassen und der Gründung besonderer kommunaler Anstalten für zweite Hypotheken, welche Anstalten sich auf die Tilgungsrückflüsse aus den bisherigen Hauszinssteuerhypotheken stützen sollen. (Wie weit solche Tilgungsrückflüsse derzeit zur Verfügung stehen, ist freilich eine andere Frage. Der Verfasser.)

Die Vertrauensgrundlage

Aber alle einzelnen Erleichterungen und Förderungen werden ihre rechte Wirkung auf die Baulust doch erst dann haben, wenn Vertrauen herrscht, und man wird Müller darin recht geben müssen, daß Vertrauen in dreifacher Richtung notwendig ist: Vertrauen des Hausbesitzers darauf, „daß der Rechtszustand, den er bei Errichtung seines Neubaus in seine Berechnung einstellen konnte, nicht nachträglich wieder beeinträchtigt oder völlig verändert wird“; Vertrauen weiter in die Vollständigkeit usw. des Grundbuches und Vertrauen endlich auch darauf, daß die Grundstücksbesteuerung klar und beständig ist und den Hausbesitzer nicht zum Steuereinknehmer der Behörde macht. U. E. sind diese Forderungen an sich gewiß sehr berechtigt, andererseits werden sie sich aber in einer solchen Zeit der Umwälzung wie gegenwärtig doch nur mit Einschränkungen durchführen lassen.

Schlußwort

Natürlich ist an den Müllerschen Ausführungen auch Kritik zu üben. Nicht mit allem möchten wir uns einverstanden erklären. Daß die Schaffung eigentlicher kleiner nebenberuflicher Siedlungsstellen, wie schon am Eingang erwähnt, von Müller anscheinend nur sehr wenig ins Auge gefaßt ist, ist angesichts der großen Zukunftsbedeutung dieser Siedlungsform ein Mangel. Auf die Ausnutzung der bereits vorhandenen Straßen im kommunalen Finanzinteresse scheint uns Müller etwas zu stark zu drängen gegenüber den anderen wichtigen Rücksichten, die für die Gestaltung des städtischen Ausbaues gelten müssen.

Gegen den weiter oben erwähnten, an sich sehr bemerkenswerten Vorschlag, die städtischen Bauberatungsstellen zu einer Art allgemeiner Förderungsstellen für den Wohnungsbau gegenüber den Behörden auszugestalten, sind doch auch gewisse Bedenken geltend zu machen, vor allem die Gefahr, daß diese Tätigkeit auch einseitig im kommunalen Interesse ausgenützt werden, daß auch eine unzulässige Verquickung mit Privatinteressen ein-

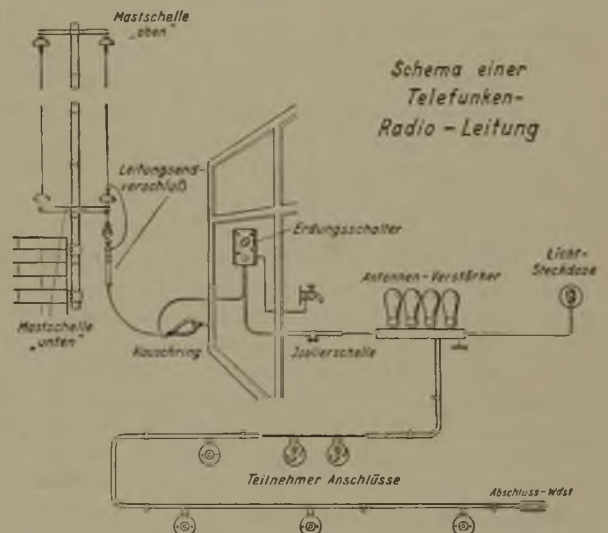
treten könnte u. dgl. m. So ließe sich noch manches anführen, und der Leser wird, wie immer, so auch hier auf Kritik nicht verzichten dürfen. Aber das alles darf die Anerkennung nicht hindern, daß wir es in der Müllerschen Schrift mit einer sehr wertvollen und für die gegenwärtigen Verhältnisse recht bedeutungsvollen Arbeit zu tun haben, die viele Wege zur Erleichterung der gegenwärtigen Lage zeigt.

TECHNISCHE FORTSCHRITTE

Schluß mit dem Antennenwirrwarr

Für jeden ästhetisch empfindenden Menschen sind die zahlreichen kreuz und quer gezogenen Antennen, die man häufig auf den Dächern sehen kann, ein unangenehmer Anblick. Die dazugehörigen Ableitungsdrähte und ihre Einführungen in das Innere des Hauses wirken außerdem nicht weniger störend, vor allem bei flüchtiger Ausführung, wie sie mit Rücksicht auf die Kosten der Gesamtanlage meist vorgenommen wird. Mehrere Antennen verschiedener Empfänger, kreuz und quer gespannt, beeinflussen sich gegenseitig, so daß der gewünschte Erfolg in Frage gestellt ist. Die Kosten und die Schwierigkeiten technischer Art, oft auch der Wille zum Frieden innerhalb des Hauses mit den Mitbewohnern haben deshalb einen großen Teil der Rundfunkhörer dazu veranlaßt, sich mit einer Zimmerantenne zu begnügen, und doch sind Zimmerantennen immer nur als Notbehelf zu betrachten, denn in jeder Wohnung und in jedem Zimmer bringen elektrische Geräte Störungen aller Art, selbst von der Straße her, besonders von elektrischen Bahnen, in die Antennenzuleitung. Es ist daher begreiflich, daß man hier nach einer Lösung gesucht hat. Eine gemeinsame Freiantenne für mehrere Empfangsgeräte ist aber technisch nicht ohne weiteres möglich, weil sich die Energie auf die angeschlossenen Empfänger verteilt und schon bei geringer Zahl für den einzelnen ausreichen würde, um einen brauchbaren Empfang zu ermöglichen. Außerdem könnten sich die Empfänger durch gegenseitiges Verstärken der Antennen beeinflussen, d. h. also, wenn die Abstimmung eines Gerätes geändert wird, müssen alle übrigen nachgestimmt werden.

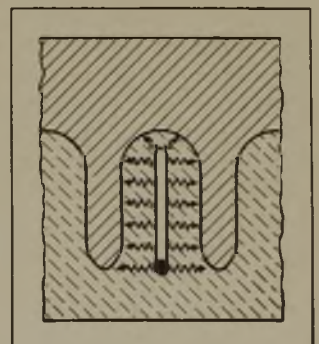
Sendern ist jedem Teilnehmer vollkommen unbehindert. Es ist also genau so, als ob jeder Teilnehmer eine eigene hochwertige Freiantenne besäße. Trotz dieses außerordentlichen Vorteils betragen die Kosten für den einzelnen nur noch einen Bruchteil von dem einer eigenen Freiantenne, denn, wie schon oben erwähnt, es können bis zu 50 Teilnehmer an die Radioleitung angeschlossen werden.



Der Mietswert des Hauses erfährt durch den Einbau einer Radioleitung eine wesentliche Steigerung. Sie ist daher nicht nur für den Rundfunkhörer, sondern auch für den Hausbesitzer und Verwalter, als auch für den Architekten von besonderem Vorteil. Für den Architekten besonders deshalb, weil sich der Antennenmast, der ja nur ein senkrecht aufgerichtetes Gebilde darstellt und mit keinerlei Abspanndrähten versehen ist, gut in das Gesamtbild der Dachlandschaft einordnen läßt. In Neubauten kann die Radioleitung von vornherein unter Putz gelegt werden, doch ist natürlich auch ihr nachträglicher Einbau in bestehende Häuser möglich. Hersteller: Telefunken

Eine neue Kochplatte

Auf der Elektrowärmeausstellung waren die neuen Siemens-Drakodyne-Rapid-Kochplatten mit wärmetechnisch hervorragender Heizleiteranordnung zu sehen. Infolge wesentlich verbesserter Wärmeübergangsverhältnisse wird die im Heizleiter erzeugte Wärme schnell der Kochfläche zugeleitet. Die Heizleistung ist gegenüber den bisher üblichen Bauarten bedeutend erhöht, die Anheizung wird außerordentlich beschleunigt, ohne diesen Vorteil durch höheren Stromverbrauch erkaufen



Nun ist es gelungen, die angeführten und eine Reihe weiterer Mängel durch eine neuartige Radioleitung zu beheben. Wie dargestellt, wird an einer geeigneten störungsfreien Stelle über dem Dach der Antennenmast, ein Bambusrohr, errichtet und unter dem Dach an einen für diesen Zweck besonders entwickelten Radioleitungsverstärker angeschlossen. Dieser Verstärker kann völlig selbsttätig arbeiten. Beim Einschalten eines Empfangsgerätes an irgendeiner Stelle des Verteilungsnetzes schaltet er sich selbsttätig ein. Wenn abends der letzte Hörer seinen Rundfunkempfang beendet hat, schaltet er sich ebenso selbsttätig wieder aus. Von den Verstärkern wird ein Kabel in die verschiedenen Wohnungen des Hauses geführt, und zwar können bis zu 50 Teilnehmer angeschlossen werden. Steckdosen, die mit den üblichen Licht- und Kraftsteckdosen nicht verwechselt werden können, werden auf die verschiedenen Wohnungen zum Anschluß des Empfangsgerätes verteilt. Die besonders abgeschirmte Radioleitung ist etwa nur so dick wie ein Bleistift und biegsam wie eine Lampenschnur. Die besondere Abschirmung der Radioleitung verhindert das Eindringen jeglicher Störungen, so daß jedem an die Radioleitung angeschlossenen Teilnehmer die Gewähr ungestörter und einwandfreien Empfanges gegeben ist. Eine gegenseitige Beeinflussung der angeschlossenen Empfänger durch Verstärken der Antennen ist ausgeschlossen. Die Auswahl unter den verschiedenen

zu müssen. So sind z. B. die Ankochzeit und der Ankochverbrauch der 14,5-cm-Kochplatte zur Erwärmung eines Liter Wassers von 20° auf 95° 7,7 Minuten bzw. 180 Wh gegenüber den Forderungen der VDEW für normale Kochplatte gleicher Größe von 15 Minuten bzw. 200 Wh. Es wird künftig zweckmäßig erscheinen, entweder jeden elektrischen Herd mit einer Drakodyn-Rapid-

Kochplatte als Schnellkochstelle auszurüsten oder bei normaler Plattenbestückung eine solche Platte als Wechselplatte beizugeben. Die sonst als Zusatzgeräte beim elektrischen Kochen benutzten Wasserkocher, Tauchsieder u. ä. werden durch den Einbau einer derartigen Kochplatte entbehrlich.

Hersteller: Siemens-Schuckertwerke A. G., Bln.-Siemensstadt

DIE HOLZSIEDLUNG IN STUTTGART

Die Siedlung am Kochenhof, die von 23 einzelnen Architekten unter der Führung Prof. Schmitthenners erstellt wurde, bedeutet einen Schritt auf dem Wege praktischen Städtebaues. Die Erkenntnisse und Lehren, die ein Teil der Stuttgarter Professoren seit Jahren vertreten haben, konnten hier zu einem geringen Teil verwirklicht werden. Schon dies wenige zeigt klar und eindeutig den grundlegenden Unterschied zwischen der übrigen und üblichen Bebauung, wie sie sich besonders in Stuttgart in den letzten Jahren breit gemacht hat. Verständnislosigkeit, Spekulation und Nichtkönnen der Architekten haben aus dieser Stadt mit ihren mannigfachen landschaftlichen Reizen nahezu eine stumpfe und tote Stadt gemacht und sie ihrer natürlichen Schönheit beraubt, denn nur noch hier und da sieht man in den Gärten der Villen die kümmerlichen Reste der einst sorgsam kultivierten Weinberge.

Bauausstellungen waren bisher immer epochemachend. Sie beeinflussten die Gestaltung der nachfolgenden Jahre. Meist wurden sie nur aus diesem Grunde gemacht. Daher mußten sie immer etwas Neues bringen. So waren sie letzten Endes dazu verurteilt, sich in formalen Spielereien zu erschöpfen, um bis dahin unbekannte Architekten populär zu machen. Die Holzsiedlung am Kochenhof aber ist ein Bekenntnis, und Bekenntnisse kann man nicht nachahmen oder zu Stilen proklamieren. Eine Erkenntnis muß diese Siedlung fördern, daß nur ernsthafte und gewissenhafte Zusammenarbeit zu verhindern vermag, daß die Städte und Dörfer der deutschen Gauen noch weiterhin der Tummelplatz für Stümper und Unfähige bleiben, sondern daß nur Männer bauen dürfen, die Achtung haben vor der deutschen Landschaft und einen gesunden Sinn für die Gegenwart. Baupolizeiliche Vorschriften haben nur einen beschränkten Sinn. Sie sollen Mittel zum Zweck sein, aber nicht Selbstzweck. Die Stadterweiterungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts sind eigentlich nichts weiter als die gebauten Vorschriften. Wenn das lebendige Gut der Phantasie so ausgemergelt und der gesunde Sinn des Bauens so verschüttet ist, können keine städtebaulichen Vorschriften einen Wandel der baulichen Gesittung herbeiführen, sondern nur diktatorische Vollmachten an Männer, die den gesunden Sinn des Lebens und den leidenschaftlichen Willen zur Gestaltung in sich tragen. Nur sie können im Volke durch ihr Beispiel und die Leistung den gesunden Sinn des Volkes wecken. Solange noch Spekulationen und baupolizeiliche Erlasse das Gesicht des deutschen Hauses bestimmen, wird die Verwüstung der deutschen Landschaft andauern. Ja, solange noch werden Spekulanten und unfähige Architekten das Gesicht des deutschen Hauses bestimmen, solange die berufenen Führer der Architektur auf kulturellem Gebiet davor zurückschrecken, die Konsequenz der politischen Führer sich zum Vorbild zu nehmen. Vor der Roheit und dem Nichtkönnen einzelner Architekten schützen keine Bauvorschriften, sondern nur das Bauverbot für Unfähige. Der Weg, der erfolgreich mit der Kochenhofsiedlung begonnen worden ist, muß zu Ende gegangen werden. Wenn die Kochenhofsiedlung

diese Erkenntnis bei den führenden Männern nicht tätigen konnte, vermochte sie ihre Aufgabe nicht zu erfüllen.

Eine Zeit, in der Reklame alles vermag, Gewinnsucht über die Leistung den Sieg davonträgt und darum die besten Kräfte brachliegen und zur Untätigkeit verurteilt sind, ist eine klare Erkenntnis die erste Notwendigkeit, denn es hat keinen Sinn, von deutscher Kunst zu reden, wenn man nicht weiß, welches Antlitz die deutsche Kunst hat. Dieser Erkenntnis aber muß die Tat folgen. Mit der Proklamation der Erkenntnis der notwendigen Umkehr und dem Bekenntnis zur deutschen Kunst ist zunächst noch nichts getan. Sie muß eine Selbstverständlichkeit werden. Darum ist es eine Notwendigkeit, den Weg freizumachen für die Kräfte, die nicht erst nach der Revolution 1933 von deutscher Kunst sprachen, sondern die schon vorher den Sinn ihres Lebens darin gesehen haben, gute und anständige Häuser zu bauen, den Männern den Weg frei zu geben, die schon vor dem nationalen Umbruch soviel Blut und Leben besaßen, daß ihre Lebensarbeit als ein Teil deutschen Kulturlebens galt. Wenn nach wie vor jene blutlosen Literaten und geistvollen Ästheten das Wort haben über die deutsche Architektur, dann wird man den Weg zu Ende gehen, den unter Parolen und Schlagworten die nur kurz hinter uns liegende Epoche begonnen hat. Wenn die Holzsiedlung am Kochenhof eine Erkenntnis tätigt, dann muß sie in kompromißlosen Folgerungen ihren Niederschlag finden, sonst leitet sie nicht den Beginn einer neuen Baugesinnung ein, sondern bereichert die Architektur des 20. Jahrhunderts lediglich um ein Schlagwort. Auch kann man nicht von zwei Richtungen der deutschen Architektur sprechen, einer technischen und einer traditionsgebundenen, wenn man von seiner Sendung überzeugt ist. Schlagworte zerstören den gesunden Sinn des Bauens, der jede bauliche Aufgabe ihrem Sinne nach gestaltet. Wenn es in der Architektur zwei Richtungen gibt, dann gibt es nur eine gute und eine schlechte. Man kann weiterhin nicht mit denselben Worten, mit denen sonst industrielle Produkte angepriesen werden, eine traditionsgebundene Baugestaltung proklamieren. Tradition kann sich niemand aus Büchern zusammenlesen, Tradition kann man dem deutschen Volke auch nicht als Literatengeschwätz einreden, sondern man kann sie nur mit Taten beweisen. Diejenigen aber, die ihre Verbundenheit nicht in ihren Werken bewiesen haben, sollten heute schweigen.

Die „traditionsgebundene Baukunst“ in die Hände der Männer legen, die so wenig Verantwortung bewiesen haben, die kranken Auswüchse formaler Auflösung als das Haus des technischen Jahrhunderts zu propagieren, hieße neuen Wein in alte Schläuche füllen. Das sei all denen gesagt, die der Meinung sind, die Kochenhofsiedlung sei die „moderne“ Architektur des Dritten Reiches. Die Männer aber, denen die Kochenhofsiedlung nichts weiter bedeutet als eines der vielen Bekenntnisse zum verantwortungsbewußten Bauen, sollten sich jeden Augenblick darüber im klaren sein, daß der Weg, den sie hier eingeschlagen haben, verpflichtet.

Dipl.-Ing. Erich Wiemken, Stuttgart

Ausstellung „Deutsches Holz“ 1933 in Stuttgart

Das Unternehmen geht auf eine Anregung der Deutschen Forstwirtschaft zurück. Sie beabsichtigte, in Stuttgart eine Siedlung aus Dauerhäusern in Holz bzw. Holzfachwerk zu erstellen und sie als Ausstellung der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Dabei war aber weder die Ausstellung noch der Siedlungsgedanke Hauptzweck des Unternehmens, sondern die Werbung zur Wiederverwendung des deutschen Holzes im Baugewerbe, zur Wiedererweckung des Vertrauens in die Haltbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Lebensdauer der Holzbauten und damit die Unterstützung des darniederliegenden Zimmergewerbes und der notleidenden Waldwirtschaft. Zur Verwirklichung dieses Gedankens und zur Durchführung der Arbeiten wurde im Frühjahr 1933 der Verein „Deutsches Holz für Hausbau und Wohnung E. V.“ gegründet, dessen Ziele für reichswichtig erklärt, somit von allen Reichs- und Landesbehörden gefördert wurden. Besonders auch von seiten der Stadt Stuttgart fand das Unternehmen weitgehendes Entgegenkommen. Sie stellte nicht nur dem Verein ein 133 Ar großes Gelände in schönster Höhenlage zu günstigen Bedingungen zur Verfügung, sondern ließ auch das Werk durch ihre verschiedenen Ämter weitgehend unterstützen. Damit ist die Stadt von dem bisher befolgten Grundsatz der Selbsterstellung von Siedlungen oder der geldlichen Beihilfe bewußt abgegangen. Vom Verein wurde nicht ein einzelner beamteter Architekt mit der Anfertigung des Plans und der Grundrisse nach einem bestimmten Muster beauftragt, sondern die Bauplätze wurden an 25 Baulustige

verkauft und diesen die Wahl der Architekten freigestellt. Der Verein stellte sich die Aufgabe, unter Berücksichtigung all der verschiedenen Wünsche und Belange der einzelnen Siedler eine einheitliche Anlage zu schaffen, in der alle Möglichkeiten des Holzbaues vertreten sind. Ein Bauausschuß, in dem die Professoren Dr. Schmitt-henner und Wetzell mit der künstlerischen Leitung betraut waren, legte grundsätzliche Richtlinien fest und arbeitete zusammen mit dem Stadterweiterungsamt (Oberbaurat Dr. Ströbel) den Bebauungsplan aus. Hierbei wurde beim Eingang in die Siedlung ein größerer freier Vorplatz geschaffen. Innerhalb der Siedlung wurden die Häuser nach Zeilen angeordnet und dabei Baugruppen für verschiedene Arten von Häusern vorgesehen. Um größere geschlossene Gartenflächen zu erzielen, stellte man nach einem Vorschlag von Professor Dr. Bonatz die Häuser meist mit einer Nebenseite auf die Grenze; die Eintragung der entsprechenden Baulasten machte keine Schwierigkeiten. Die Grab- und Betonarbeiten wurden, um Störungen zu vermeiden, meist für eine ganze Häusergruppe an einen Unternehmer vergeben. Die Baugesuche wurden vom Stadt. Baupolizeiamt sehr rasch behandelt, und es ergab sich für kein Gebäude die Notwendigkeit, um Befreiung von den Bauvorschriften nachzusuchen.

Als Richtlinien für die Ausführung der einzelnen Häuser wurde aufgestellt, daß nur bewährte Bauweisen angewandt und keinerlei Versuche gemacht werden dürfen. Auch war für das Holzgerippe sowie die tragenden

Die Kochenhofsiedlung von Norden. Aufnahme Reg.-Baumstr. Fels, Stuttgart-Degerloch





Die Gestalter der Siedlung. 1, 2, 3 Prof. Schmitthenner, Stuttgart. 4 Prof. Bonatz und Arch. Scholer, Stuttgart. 5 Dr.-Ing. Schwaderer, Stuttgart-Feuerbach. 6 Reg.-Baumstr. Heim, Stuttgart. 7 Reg.-Baumstr. Kluffinger & Gabler, Ludwigsburg. 8 Dipl.-Ing. Hans Volkart, Stuttgart. 9 Reg.-Baumstr. Graubner, Stuttgart, Mitarbeiter Dipl.-Ing. Stolper, Stuttgart. 10 Dipl.-Ing. Weber, Stuttgart. 11 Dipl.-Ing. Kiemle & Weber, Stuttgart. 12 Arch. Eitel, Stuttgart. 13 Reg.-Baumstr. Kicherer, Stuttgart. 14 Reg.-Baumstr. Krüger, Stuttgart. 15 Dipl.-Ing. Köbele, Stuttgart. 16 Arch. Eisenlohr & Pfennig, Stuttgart. 17 Arch. Weber, Stuttgart. 18 Prof. Körte, Stuttgart. 19 Prof. Wagner, Stuttgart, Mitarbeiter Dipl.-Ing. Commichau, Stuttgart. 20 Arch. Leistner, Stuttgart, Mitarbeiter Reg.-Baumstr. Panther, Sillenbuch. 21 Dipl.-Ing. Pilzecker, Stuttgart. 22 Reg.-Baumstr. Mayer, Stuttgart-Kaltental. 23 Dipl.-Ing. Rommel & Wiemken, Stuttgart. 24 Prof. Tiedje, Stuttgart. 25 Reg.-Baumstr. Ganser, Stuttgart

Mittelwände ein statischer Nachweis verlangt. Bei der Durchrechnung verschiedener Bauweisen durch die einzelnen Architekten ergab sich, daß meist das alte zimmermäßig abgebundene Fachwerk das billigste war. Über den Kellern wurden durchweg massive Decken verlangt, und die Dachneigungen durften nicht unter 35° betragen. Für den Schall- und Wärmeschutz der Wände, Decken und Böden wurden ganz bestimmte Vorschriften gemacht, desgleichen für guten Luftabschluß der Fenster und Türen. Auch an das zur Verwendung gelangende Holz, den Beton, Verputz und Anstrich der Häuser wurden entsprechende Anforderungen gestellt. Die Nachprüfung der Einhaltung dieser Richtlinien lag den Professoren O. Graf und Dr. Reiher ob. Innerhalb dieser Richtlinien hatten aber die einzelnen Architekten völlige Bewegungsfreiheit und übernahmen damit auch die Verantwortlichkeit sowohl dem Auftraggeber als auch dem Verein und der Öffentlichkeit gegenüber.

Bei den einzelnen Häusern gelangten zur Verwendung:

1. Der alte stockwerkweise Fachwerkbau, wie er bei uns seit Jahrhunderten üblich ist, teils in älterer Ausführung mit Pfetten- und Schwellenkranz (Haus 6, 7, 9, 11, 12, 21, 23, 24, 25), teils verbessert mit gemeinsamem Pfettenkranz für Ober- und Unterstock (1, 2, 3, 5, 15, 16), teils in vereinigter Bauweise (17, 22), bei der die Eckpfosten zweigeschossig durchlaufen, im übrigen aber die obige Anordnung getroffen ist.

2. Der Blockbau, teils liegend mit glatten Ecken (19), teils stehend (13, 14). Im ersten Fall wurden gut getrocknete und gesägte, daher satt aufsitzende Bohlen verwendet und durch entsprechende Maßnahmen die Schwindungen möglichst unschädlich gemacht.

3. Der Tafelbau aus fertig in der Werkstatt hergestellten, ziemlich gleich großen Tafeln (8, 18, 20), die auf dem Bauplatz, meist zwischen tragenden Pfosten, rasch zusammengefügt und entsprechend verbunden wurden.

4. Das Ständerfachwerk mit Pfosten, welche auf die ganze Haushöhe durchgehen, nach amerikanischem Vorbild, aber für die deutschen Verhältnisse abgeändert (4), in vereinigter Bauweise (9), endlich mit quergelegten Rundeisen bewehrt, die beide Eckpfosten miteinander verbinden (10).

Die Erfahrungen beim Bau werden von den Instituten der Technischen Hochschule wissenschaftlich und wirtschaftlich ausgewertet und dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Gartenanlagen sind unter dem Gesichtspunkt aufgestellt, den Besitzern möglichst von der Öffentlichkeit abgeschlossene traute Winkel zu bieten, in welchen sie das Gefühl des Alleinseins und des Geborgenseins haben. Es wurden deshalb vielfach statt bloßer Zäune kleine Mauerchen aufgeführt, die zugleich der Verbindung der einzelnen Häuser dienen und damit einen geschlossenen Gesamteindruck der Siedlung bewirken. Die Bepflanzung wurde an ortsansässige Gartenfirmen vergeben, wobei durch das Städtische Gartenbauamt einheitliche Gesichtspunkte aufgestellt waren. All die verschiedenen Holzbauweisen lassen sich in der Ausstellung besichtigen und auf ihre Zweckmäßigkeit nachprüfen. Die Gesamtanlage der Siedlung will einen Weg weisen, wie wir wieder zu Bauweisen gelangen, die dem deutschen Heimatgefühl und der deutschen Baugesinnung entsprechen.

Regierungsbaumeister Werner, Stuttgart



Siedlung von Osten, über den Steinbruchweg gesehen. Aufnahme Fels



Eingang zur Siedlung
bei Eröffnung der Aus-
stellung
Aufnahme Fels



Blick auf Haus 1 aus dem Zimmer des gegenüberliegenden Hauses. Unten: Blick auf Haus 4 von Haus 25 aus

Aufnahme Fetozi, Stuttgart

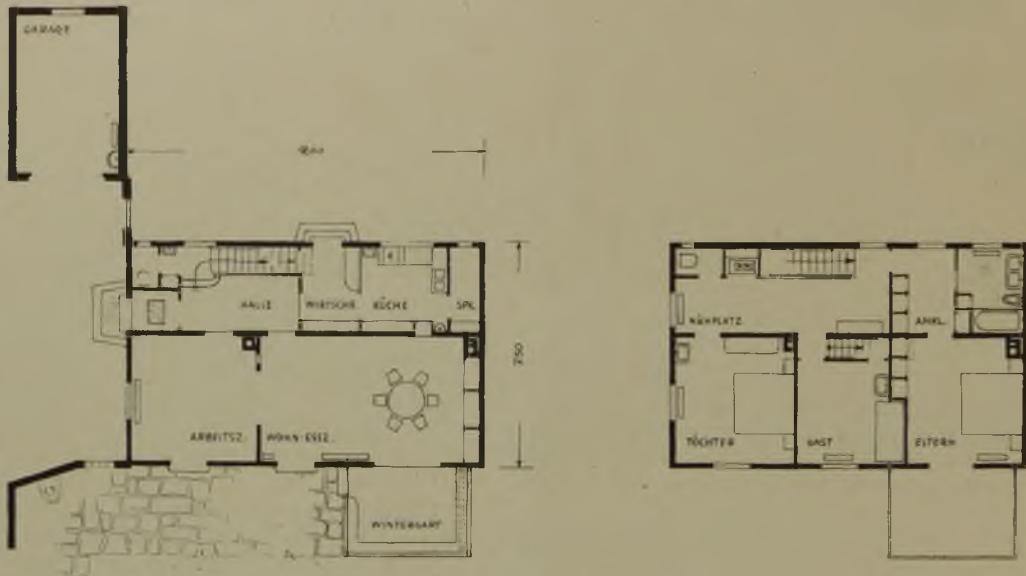
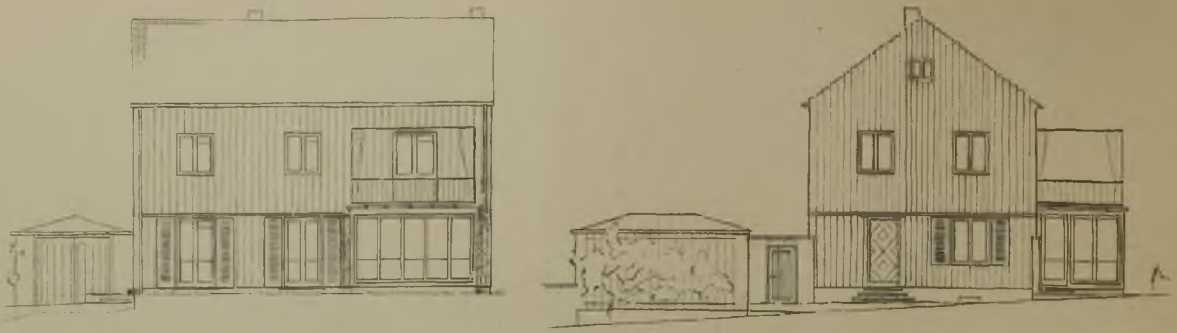




Blick durch die Hermann-Plesser-Straße von West nach Ost. Aufnahme Fels



Eingang zu Haus 1. Im Hintergrund Haus 25
Aufnahmen Reg.-Baumstr. Fels,
Stuttgart-Degerloch



Ansichten und Erd- und Obergeschoß von Haus 20. Maßstab 1: 250

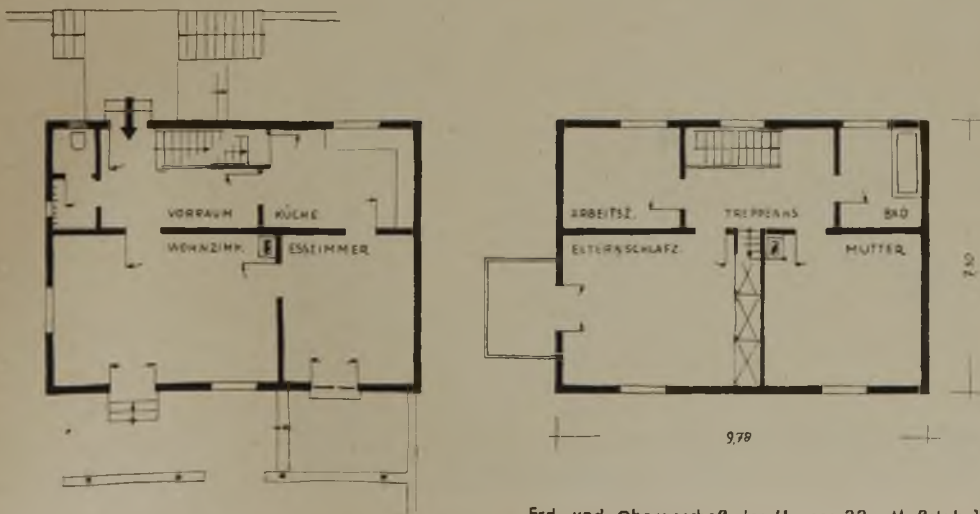


Aufnahme Fotolazi, Stuttgart

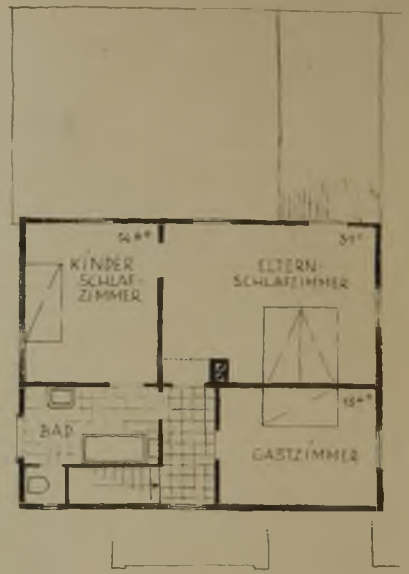
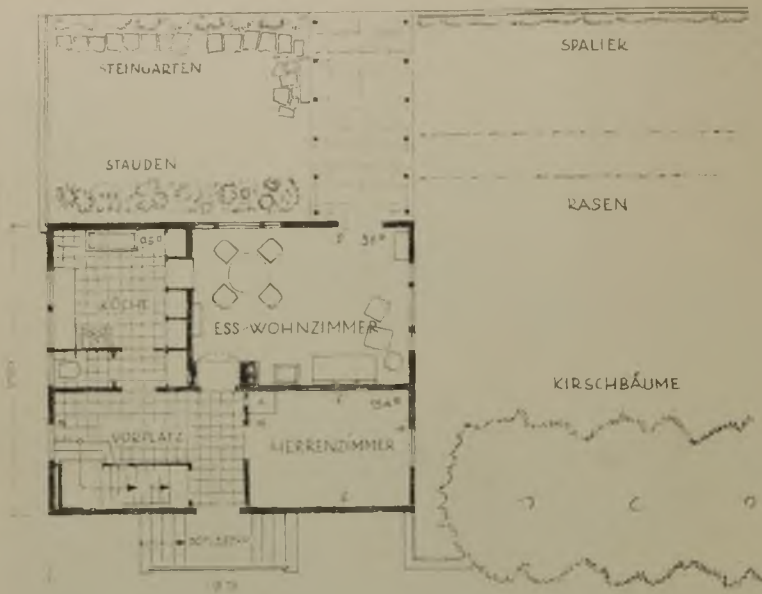
Die Häuser 10 bis 13 der Siedlung
 Aufnahme Reg.-Baumstr. Fels,
 Stuttgart-Degerloch



Haus 22 der Siedlung
 Aufnahme Fotalazi, Stuttgart



Erd- und Obergeschoß des Hauses 22. Maßstab 1:200



Erd- und Obergeschoß von Haus 9. Maßstab 1 : 200



Zugang zu Haus 15/16
Aufnahme Ohler, Stuttgart